Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 80 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.60 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 16,8 Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 194 (1. Blatt) — Sonnabend, den 20. August 1921 — 49. Jahrgang

Gefährliches Spiel.

(W. W.) Zunächst eine Tatsache: die Landwirte im Kreise Bielefeld haben freiwillig beschlossen, die Umlage von 72 000 Dz. auf 75000 Dz. zu erhöhen. Dabei ist die Ernte im Kreise Bielefeld nicht besonders günstig ausgefallen. Trotzdem haben die Landwirte hohes Verantwortungsgefühl gezeigt, weil nur so der Uebergang zur freien Getreidewirtschaft ohne Hemmungen und Schwierigkeiten vollzogen werden kann. Soll dies Beispiel ohne Nachahmung bleiben? Der Gegensatz zwischen Stadt und Land ist, durch eine unüberlegte, parteipolitische Wühlerei geschürt, ohnedies sehr groß. Ihn zu mildern und zu überbrücken ist die Aufgabe aller, die guten Willens sind. Gewiß, die Landwirte sind vielfach und ungerecht angegriffen worden. Daß sie durchweg Brotwucherer genannt werden, ist noch nicht einmal das Schlimmste. Solche Angriffe müssen verbittern und auf der anderen Seite das auslösen, was verhindert werden muß. Die Wirtschaftsgruppen sind nun einmal aufeinander angewiesen. So gut aber gefordert werden muß, daß ungerechtfertigte Angriffe unterbleiben, so gut muß auf der anderen Seite alles vermieden werden, irgendwie einen Grund für neue Angriffe zu bieten. Daß die Landwirte verdienen wollen und im Verhältnis zur Geldentwertung für ihre Erzeugnisse höhere Preise nehmen, ist an sich ebenso wenig zu tadeln, wie das Bestreben gewerblicher Arbeitnehmer, ihre Einkünfte im Verhältnis zur Geldentwertung zu steigern.

Umso unverständlicher ist es, daß z. B. in Bayern und auch in anderen Ländern die Landwirte für die schwierige Wirtschafts- und Ernährungslage des Reiches nicht das notwendige Verständnis aufbringen. Es wird glaubhaft berichtet, daß die Ernte sehr frühzeitig einsetzte, daß sofort ausgedroschen wurde, um das ganze Korn dann unter Umgehung der Umlage zu freien Marktpreisen zu verkaufen. Die Landwirte, die sich zu solchen Handlungen bereitfinden, erzielen zwar dadurch einen höheren Gewinn; aber es fragt sich, ob sie sonderlich viel Vorteile von ihm haben werden. Zunächst wird die Folge sein, daß die Zwangwirtschaftsfesseln wieder straffer gezogen werden, da es scheinbar keinen anderen Weg gibt, um die Umlage sicherzustellen. Es ist nicht unbedingt notwendig, zu diesen Mitteln zu greifen, denn es sind noch andere vorhanden, die den pflichtvergessenen Landwirten das Gewissen schärfen. Da die Kreise verpflichtet sind, die Umlage bereitzustellen, so können sie auch angehalten werden, den fehlenden Rest auf dem freien Markt zu freien Preisen aufzukaufen. Die rechtzeitige Ankündigung dieser Strafmaßnahme würde schon genügen, um ähnliche Vorgänge wie der frühzeitige und heimliche Ausdrusch, zum Schaden der Umlage zu verhindern. Der Zwangsaufkauf auf dem freien Markt würde den Kreisen, die mit der Umlage im Rückstand sind, teuer zu stehen kommen. Jeder Gewinn aus dem Schwarzverkauf ginge verloren, ja es stünde zu erwarten, daß die Kreise zu höheren Preisen zurückkaufen müßten, als die Landwirte sie beim Schleichverkauf erzielten. Nicht minder gefährlich als diese Umgehungsversuche der Getreideumlage, sind die Bestrebungen, Wirtschaftsgrenzen innerhalb des Reiches aufzurichten. Das verrät eine völlige Mißachtung des geschlossenen wirtschaftlichen Aufbaus und der wirtschaftlichen Zusammenhänge. Jeder Druck erzeugt Gegendruck. Wenn es einem Lande tatsächlich gefallen sollte, seine agrarischen Erzeugnisse durch eine innere Wirtschaftsgrenze zu schützen, so könnten andere Teile des Reiches als Notwehr auch eine Zollgrenze um das Gebiet errichten, das eine wirtschaftliche Sonderpolitik durchführen will. In Bayern sind die Bestrebungen Dr. Heims, aus der einheitlichen Ernährungswirtschaft herauszukommen, noch nicht erledigt. Allein, es muß ein Ende mit diesen Sonderbestrebungen gemacht werden, wenn das Ganze nicht Schaden leiden soll. Wir sind auf Gedeih und Verderb untereinander verbunden. Entweder stehen wir wieder zusammen oder wir gehen zusammen unter. Es gilt, wieder Vertrauen zu einander zu gewinnen, um das Unheil, den Untergang zu verhüten. Wer mit diesem Unheil spielt, wer damit droht, weiß garnicht, welch unsühnbares Verbrechen am deutschen Volke er damit begeht.

Der Deutsche Arbeiterbund zur Teuerung.

Der kürzlich in Essen tagende Zentralverband des Deutschen Arbeiterbundes, der die nationalen Arbeiterbundsverbände umfaßt, und dem Nationalverband Deutscher Gewerkschaften angeschlossen ist, stellte mit Bedauern fest, daß sich die Folgen der Ausbeutung des deutschen Volkes durch die Entente immer mehr gerade für die Arbeiterschaft fühlbar machen. Seit der Annahme des Ultimatums des Feindbundes steigen als Folge der Zahlungen der Raten der riesenhaften Kriegsentschädigungen die vorher im Sinken gewesenen Preise wieder, wodurch die Notlage der Arbeiterschaft aufs neue gesteigert wird.

Der Deutsche Arbeiterbund protestiert gegen die Fortsetzung der barbarischen Verelendungsmaßnahmen der sich „christlich" nennenden Völker der Entente gegen das Deutsche Volk. Nur im Vertrauen auf den versprochenen Frieden der Verständigung und Gerechtigkeit hatte das Deutsche Volk den freiwilligen Anfang mit der Abrüstung bis zur gänzlichen Selbstentwaffnung gemacht, aber nunmehr offenbart sich immer mehr die Größe des Betruges, der am wehrlosen deutschen Volke dadurch verübt worden ist. Mitschuldig an der unter dem Druck der Zahlungen der Kriegsentschädigungen jetzt stärker einsetzenden Belastung des deutschen Volkes mit steigenden direkten und indirekten Steuern, steigenden Preisen und Mieten, sind diejenigen, die den Feinden Deutschlands restloses Vertrauen geschenkt haben, so daß Deutschland wehrlos und ohnmächtig geworden ist. Der Deutsche Arbeiterbund stellt dieses vor der gesamten deutschen Arbeiterschaft ebenso fest, wie die Tatsache, daß auch zahlreiche Fehler und Unterlassungssünden der früheren Regierungen und des Bürger- und Unternehmertums schuld daran sind, daß sich die deutsche Arbeiterschaft zu einem großen Teile der internationalen Sozialdemokratie in die Arme geworfen haben, daß also auch das deutsche Bürger- und Unternehmertum an dem Unglück Deutschlands als mitschuldig anzusehen ist. Es ist auf allen Seiten gefehlt worden. Das sollte allseitig zugegeben werden, damit sich alle Stände des deutschen Volkes endlich einmal wenigstens in der Stunde der gemeinsamen Not zur Abwehr zusammenfinden können.

Der Deutsche Arbeiterbund fordert hiermit die Regierungen sowohl als auch die Unternehmer-Werksleiter auf, alles zu tun, um der deutschen Arbeiterschaft die Zeit der Ausbeutung Deutschlands durch die Entente soviel als möglich zu erleichtern und außerdem jeden wucherischen Ausbeuter der Arbeiterschaft, jeden Nichtstuer und jeden aufreizenden Luxus aus der Gesellschaft auszumerzen. Nur gemeinsames Ertragen gemeinsamer Not kann diese für die Arbeiterschaft erträglich werden lassen. Der Deutsche Arbeiterbund fordert außerdem von den Regierungen und Parteien sowohl als auch von den Unternehmern bezw. Werksleitern, daß sie aus den Erträgnissen der Volkswirtschaft den Arbeitern, insbesondere den Familienvätern, die steigende Teuerung soviel als er bis zur Grenze der Selbsterhaltung der Unternehmungen möglich ist, erleichtern helfen. Nur dann kann es der vernünftigen Arbeiterschaft gelingen, die gesamte deutsche Arbeiterschaft davon zu überzeugen, daß die Lebenssäfte, die jetzt dem deutschen Volke durch die Entente abgepreßt werden, nicht durch das wertezerstörende Mittel der klassenkämpferischen Streiks, sondern nur durch den Wirtschaftsfrieden und durch die Einigkeit des deutschen Volkes gerechter und bessere Verhältnisse für die Arbeiterschaft herbeigeführt werden können. Der Deutsche Arbeiterbund weist seine Berufsverbände und Verwaltungsstellen, seine Parlamentarier und Vertrauensmänner an, im Sinne dieser Entschließung allerorts mit Entschiedenheit die Arbeiterinteressen gegen die steigende Teuerung wahrzunehmen.

Gehalts- und Lohnverhandlungen im Reichsfinanzministerium.

Am kommenden Montag werden im Reichsfinanzministerium die ersten Verhandlungen mit den Vertretern der Beamten und der Gewerkschaften über die Erhöhung der Gehälter und der Löhne beginnen. Ob auch der Deutsche Beamtenbund und der Deutsche Gewerkschaftsbund in ihrer Eigenschaft als Spitzenorganisationen an der Konferenz teilnehmen werden, steht noch nicht fest. Im Laufe des heutigen Tages werden hierüber noch Verhandlungen gepflogen werden, von denen es abhängt, ob die verschiedenen Vorschläge der Beamtenorganisationen und der Gewerkschaften in einheitlicher Sitzung verhandelt werden.

Lohn-Konflikte.

(TU) Der Kampf im Berliner Holzgewerbe, der nunmehr fast zwei Wochen andauert, hat in den letzten Tagen eine erhebliche Verschärfung erfahren. Nachdem die Streikenden der Aufforderung der Unternehmer, bei Zahlung einer Stundenlohnzulage von 75 Pfennig resp. einer 10%igen Erhöhung der Akkordlöhne die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen, nicht nachgekommen sind, haben die Unternehmer den Beschluß gefaßt, die noch in den Betrieben befindlichen Arbeiter der Berliner Holzindustrie mit dem heutigen Tage auszusperren. Die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten dürfte sich nach Durchführung dieser Maßnahme auf rund 15000 belaufen.

Die Berlin-Burger Eisenwerke in Burg haben wegen zu hoher Lohnforderungen der Metallarbeiter den Betrieb stillgelegt.

In einer großen Versammlung der Halleschen Metallarbeiterschaft wurde beschlossen, die Angebote der Arbeitgeber in der Lohnfrage abzulehnen. In den Betrieben wurde eine Urabstimmung über den Streik vorgenommen, der beim Vorhandensein einer Dreiviertelmajorität am Sonnabend beginnen soll. Auch in Merseburg und Weißenfels haben die Metallarbeiter die Angebote der Arbeitgeber abgelehnt. Auch die städtischen Arbeiter in Halle sind in eine Lohnbewegung eingetreten und haben beim Magistrat neue Lohnforderungen eingereicht. — Die Urabstimmung der Metallarbeiter in Halle ergab 5367 Stimmen für den Streik und 468 Stimmen dagegen. Es wurde beschlossen, sofort in den Ausstand zu treten.

Den schon seit mehreren Tagen streikenden Arbeitern der Glasindustrie und des Holzgewerbes von Leipzig haben sich am Donnerstag früh auch die Elektromonteure angeschlossen. Dadurch ist die rechtzeitige Fertigstellung der Messegebäude für die am 28. August beginnende Mustermesse in Frage gestellt. Bekanntlich stehen seit mehr als einer Woche auch die Arbeiter der Leipziger Dachpappen- und Asphaltindustrie im Streik.

Die Betriebsleitung und der Arbeiterrat der Hansa-Lloyd-Werke in Bremen geben bekannt, daß die Arbeit auf den Werken in vollem Umfange wieder aufgenommen worden ist.

Polen besetzen die Eisenbahnen.

Eine sehr bedrohliche Meldung bringt das Breslauer „Achtuhrabendblatt". Die Meldung besagt, daß polnische Insurgentenabteilungen, angeblich um die Bahnanlagen gegen deutsche Ueberfälle zu schützen, allegrößen aus Kongreßpolen in das oberschlesische Industriegebiet führende Eisenbahnen besetzt, u. a. die Bahnen Sosnowice-Beuthen, Sosnowice-Kattowitz und Myslowitz, ferner Myslowitz-Auszig und Dziedzitz-Pleß. Der Verkehr ist zunächst noch nicht gestört. Die Insurgenten patrouillieren besonders auf den Bahnhöfen umher und bewachen den Bahnkörper. Es ist zu vermuten, daß die Bahnlinien von den Polen überwacht werden, damit die polnischen Truppen leicht über die Grenze kommen können.

Die Stadt Rosenberg und die Bewohner des Kreises Rosenberg haben sich angesichts der Gefahr, an Polen überliefert zu werden, zu einer gewaltigen Protestkundgebung zusammengetan. In ungezählten Mengen sind Frauen und Männer vor das Kreishaus gezogen und haben vor dem englischen Kreiskontrolleur kundgetan, daß sie deutsch sind und deutsch bleiben wollen. Eine Abordnung erschien von dem Kreiskontrolleur und legte ihm vor, wie falsch es sei, den Kreis Rosenberg an Polen zu überliefern. Es wurden Telegramme an Lloyd George, an den Präsidenten des Völkerbundes und an das Auswärtige Amt gesandt.

Bei einer Kundgebung des Tiroler Volkes für Oberschlesien wurde eine Entschließung angenommen, in der an den Völkerbund die Forderung gerichtet wird, dem oberschlesischen Volke die Freiheit wiederzugeben.

Neutralisierung Oberschlesiens?

(TU) Die Engländer und Italiener halten mit ihrem Urteil über das Ergebnis der Tagung des Obersten Rates wie auch über die mögliche Entscheidung des Völkerbundsrates zurück. Dagegen sind die Franzosen eifrig bestrebt, mit allen Mitteln unter der Bevölkerung für eine Neutralisierung Oberschlesiens unter Verwertung des Völkerbundes Stimmung zu machen. Ebenso wie die Städte Lublinitz und Guttentag haben viele deutsche Gemeinden Protesttelegramme gegen eine Einverleibung an Polen an den Völkerbund und die deutsche Reichsregierung gesandt.

Die alliierten Verstärkungen.

Das Pressebureau des französischen Auswärtigen Amtes teilt der Presse mit, daß der Oberste Rat beschlossen habe, zwei Bataillone Engländer, zwei Bataillone Italiener und eine Brigade Franzosen nach Oberschlesien zu schicken. — Die Verstärkungen sollen etwa 9000 Mann betragen. Der Transport werde begonnen, sobald die deutsche Regierung meldet, daß die Transportzüge bereitständen.

Freigabe internierter Oberschlesier.

Ungefähr 250 von den Insurgenten zurückgehaltene Oberschlesier befinden sich noch in den Lagern jenseits der Grenze. Durch Vermittlung der interalliierten Kommission sollen die Internierten in den nächsten Tagen freigelassen werden.

Protest gegen die Danziger Eisenbahnentscheidung.

Der Landesverband der Deutschnationalen Volkspartei erhebt bezüglich der vom Oberkommissar getroffenen Entscheidung betr. die Uebergabe der Eisenbahn und Verkehrswege im Gebiet der freien Stadt Danzig an Polen Protest, in dem es u. a. heißt: Wir erblicken in dieser Entscheidung nicht nur eine für das deutsche Danzig völlig unerträgliche Lösung der Eisenbahnfrage, sondern auch eine Verletzung der Danzig-polnischen Konvention. Wir müssen verlangen, daß die den besonderen Zwecken des Hafenbetriebes dienenden und gemäß der Bestimmungen des Hafenausschusses in dessen Eigentum gelangenden Bahnen auch der Leitung und der Verwaltung des Hafenausschusses und die hauptsächlich den Bedürfnissen der freien Stadt Danzig dienenden Bahnen mit allen Bahnhofsanlagen der freien Stadt Danzig überwiesen werden. Die Uebernahme der Verwaltung durch die gänzlich unerprobte polnische Eisenbahnverwaltung würde eine schwere Schädigung Danzigs bedeuten.

Die englische Schutzzollpolitik.

Ungefähr gleichzeitig mit den Verhandlungen des Obersten Rats in Paris, und infolgedessen ziemlich unbeachtet von der deutschen Oeffentlichkeit, ist in England eine für die zukünftige Wirtschaftspolitik des Landes wichtige, wenn nicht entscheidende Entwicklung, einen großen Schritt weitergegangen. Es handelt sich um die von der englischen Regierung seit einiger Zeit schon eingeleitete Schutzzollpolitik, die sich zu dem unter dem Namen „Antidumping-Gesetz" bekannten Entwurf verdichtete. Dieser Gesetzentwurf ist vom Unterhause in dritter Lesung mit sehr großer Mehrheit angenommen worden. Sein Zweck ist, wie der Name sagt, die englische Industrie gegen den Wettbewerb von Ländern, die infolge günstigerer Produktionsbedingungen billiger zu liefern imstande sind, zu schützen. Dies soll durch folgende Bestimmungen erreicht werden: In erster Linie gilt der Schutz gewissen Schlüsselindustrien, die für die Landessicherheit als besonders wichtig angesehen werden. Darunter werden namentlich verstanden optische und wissenschaftliche Instrumente, Farbstoffe und andere chemische Erzeugnisse. Sie werden bei der Einfuhr nach England mit einer Abgabe in der Höhe von einem Drittel ihres Wertes belegt. Die gleiche Befugnis räumt das Gesetz den englischen Zollbehörden denjenigen ausländischen Waren gegenüber ein, die in England zu einem unterhalb der Gestehungskosten liegenden Preise angeboten werden. Als Gestehungspreis gelten 95 v. H. des im Ursprungsland der Waren notierten Großhandelspreises, wovon lediglich die im Ursprungsland selbst etwa erhobenen fiskalischen Abgaben abgezogen werden dürfen. Befreit von der Abgabe sind nur Lebensmittel. Endlich, und daher rührt der Name des Gesetzes, soll diese Abgabe erhoben werden für Waren aus Ländern, die einen um mindestens 33⅓ v. H. schlechteren Wechselkurs als England haben.

Frankreichs Anteil an den Reparationszahlungen.

(TU) Loucheur befindet sich augenblicklich in Paris und verhandelt mit dem belgischen Finanzminister. Er hat die Absicht, nachträglich eine Aenderung des Abkommens der Pariser Finanzkonferenz herbeizuführen, da die französische öffentliche Meinung dieses Abkommen ablehnt. Frankreich kommt es vor allem darauf an, von der ersten deutschen Milliarde, die zwischen Belgien und England geteilt werden soll, den größeren Teil zu erhalten. Der belgische Finanzminister hat einem Journalisten erklärt, er stehe auf dem Standpunkt, daß sich England recht wohl mit einer ratenweisen Bezahlung seiner Besatzungskosten in Höhe von 450 Millionen aus den späteren deutschen Zahlungen zufrieden geben könnte. Auf diese Weise würde Frankreich sofort 250 Millionen Goldmark zur Verfügung haben.

Eine Stimme der Vernunft!

(TU) Unter der Ueberschrift „Was wir denken" veröffentlicht der Herausgeber von „Common Sense" Betrachtungen, in denen er zu folgender Erkenntnis kommt: Es gibt nur einen Weg der Reparation für die Verwüstungen und Wunden des Krieges, den Versailler Vertrag neu zu schreiben, alle Entschädigungen und Reparationen aufzuheben, das Rheinland zu räumen, all dies militärische Bramarbasieren ein für allemal aufhören zu lassen, alle Anleihen und Entschädigungen auszulöschen, leben und leben lassen, kurz, von neuem anfangen. Der Versailler Vertrag ist auf einer Lüge gegründet. Wir sagen es wieder und wieder: Europa kann nicht auf einer Lüge aufgebaut werden. Die Reparationen sind ein Trug, die Absicht, Deutschland den Krieg bezahlen zu lassen, ein Betrug. Die Wahrheit zu erkennen, die Politik der Nationen auf Wirklichkeiten und nicht auf Falschheiten zu gründen, das ist der einzige Weg, um Europa vor dem langsamen Untergang durch die monströsen Unwahrheiten und Irrtümer zu retten.

Meuterei farbiger Truppen.

(TU) Aus dem besetzten Gebiet eingetroffene Reisende berichten: Die Division farbiger Truppen, die lange Zeit in Eschweiler und Umgegend lag, sollte nach Frankreich transportiert werden. Die farbigen Truppen weigerten sich jedoch, ihre Garnisonen zu verlassen und gaben auf die zur Hilfe herbeigerufenen französischen Soldaten Feuer. Ein Offizier wurde getötet und mehrere Soldaten verwundet. Später wurden die Marokkaner umzingelt und dann in kleinen Trupps abtransportiert. Der größte Teil von ihnen befand sich in den letzten Tagen noch in der Nähe von Trier. Eschweiler ist jetzt von Belgiern besetzt.

Kardinal Faulhaber gegen die „Berliner Verrücktheit".

Bei dem Gedächtnistage der ehemaligen Angehörigen des bayrischen Infanterie-Leib-Regiments in München, über den wir schon berichteten, machte Kardinal Faulhaber als Festprediger einige Aeußerungen, die wegen ihrer scharfen Gegensätzlichkeit zu Berlin Aufsehen erregen. Er sprach von dem „starken Willen auf sittlichem Gebiete", der „zu rechter Bayernart ebenso gehöre wie der Gottesglaube". Er wies auf die Unsitte des Trinkens hin, wobei er einen Vergleich aus der Heiligen Schrift benutzte, und fuhr dann fort: „Leider hat München nicht gerecht, bis es wie Berlin das Vollbier bekommen habe, als ob wir jede Berliner Verrücktheit mitmachen müßten." Es ist auch Gottes Wille, daß jeder Stand seinen Fleck Erde behaut, wie er will, und da muß es auch den Bayern überlassen bleiben, nach bayrischer Art die Scholle zu bebauen. Aber Bauernhöfe werden verkauft, Getreide ins Futter werden außer Landes verschoben und verschoben, und die Schule soll noch obendrein nach preußischem Muster umgestaltet werden. Der Bayernstolz muß sich das Recht wahren, und wenn es auch sein muß, mit bayrischer Dickköpfigkeit, nach bayerischer Art zu leben, nach dem Vorbild und dem Glauben der Väter.

Westfalen und Rheinland.

Hamm, 20. August. **(Verschiedenes.)** In der 31. Jahreswoche vom 24. bis 30. Juli sind im Landkreise Hamm folgende Fälle von übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden: Erkrankungen an Paratyphus 1 (Siddinghausen). — Im ganzen Reg.-Bez. Arnsberg betrug die Zahl der Krankheitsfälle (Todesfälle eingeklammert) bei Diphtherie 20 (5), Genickstarre 1 (1), Kindbettfieber 4, Körnerkrankheit 2, Tuberkulose (48), Ruhr 79 (5), Scharlach 51, Unterleibstyphus 24 (1), Paratyphus 25, Grippe 5 (8).

*

Der Steuerabzug beim Arbeitseinkommen der Hausangestellten.

Da die Hausangestellten neben ihrem baren Lohn auch Natural- und andere Sachbezüge (freie Wohnung und Verpflegung) erhalten, muß der Wert dieser Bezüge nach einem vom betreffenden Finanzamt unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse berechneten festen Mittelpreise zum baren Lohn hinzugerechnet werden. Es beträgt gegenwärtig der Steuerabzug für ein Dienstmädchen:

Barer Lohn z. B. 100 Mark, Wert der freien Station (vom Finanzamt festgesetzt) 135 Mark, zusammen 235 Mark, steuerfreier Betrag 100 Mark. Es bleibt somit ein zu versteuernder Lohn von 135 Mark, davon 10 Prozent = 13,50 Mark. Hiervon als Pauschalbetrag für Werbungskosten (Abgeltung) 1. ab 1. August bis 31. Oktober = 35 Mark, demnach kein Steuerabzug. 2. ab 1. November = 15 Mark, demnach kein Steuerabzug. Das Finanzamt berechnet für männliche und weibliche Dienstboten die Kosten der freien Station für den Tag mit 4,50 Mk., also mit 1620 Mk. im Jahre; für weibliche Angestellte mit 6 Mk. für den Tag, also im Jahre mit 2160 Mk.; für männliche Angestellte mit 7 Mk. für den Tag, also mit 2520 Mk. im Jahre. Die Monatsbeträge für die weiblichen Angestellten betragen demnach 180 Mk. und für die männlichen Angestellten 210 Mk.

Bei der Berechnung dürfen die anteiligen Versicherungsbeiträge nicht zuvor vom Lohne abgesetzt werden. Trägt der Arbeitgeber die Versicherungsbeiträge allein, so sind die anteiligen Beträge des Dienstmädchens dem Gesamtlohn hinzuzurechnen und mit zu versteuern, da diese bereits im Pauschalbetrag der Werbungskosten vom Steuerbetrage abgesetzt werden. Empfangene Trinkgelder des Dienstmädchens sind im allgemeinen nicht als Teil der Entlohnung anzusehen und daher nicht steuerpflichtig. Zu Anfang des Jahres hat der Arbeitgeber eine Lohnliste beim zuständigen Finanzamt einzureichen, die außer Namen, Stellung und Wohnung auch die Höhe des Einkommens des Dienstmädchens und den Zeitraum, für den dieses bezogen wurde, zu enthalten hat.

*

Die Sesekebrücke an der Bahnhofstraße ist bis zur Hälfte abgebrochen. Den südöstlichen Teil hat man stehen lassen, um den Fuhrwerksverkehr und den der elektrischen Straßenbahn aufrecht erhalten zu können. Gestern nachmittag senkte sich der noch bestehende Teil der Brücke, sodaß die Ueberfahrt der Fuhrwerke unterbleiben mußte. Es muß als Glück im Unglück bezeichnet werden, daß nicht gerade ein vollbesetzter Straßenbahnwagen die Brücke passierte. Das Unglück wäre groß gewesen. Außer der Gefährdung von Menschenleben wären die jetzt freiliegenden starken Gas- und Wasserleitungsrohre, das Post-Kabel usw. durchschlagen worden. Die Brücke wurde sofort polizeilich gesperrt, für leichteren Fuhrwerksverkehr soll sie heute wieder offen sein. Hier zeigte sich der Mangel einer weiteren Brücke für Fuhrwerksverkehr, waren doch die in der Stadt anwesenden Fuhrwerke gezwungen, über Rottum, Heeren usw. ihrem Ziele zuzueilen. Andere waghalsige Fuhrwerkslenker fuhren über die leichtgebaute, nur für Fußgänger eingerichtete Brücke im Mersch. Sogar ein Auto mit Anhänger benutzte diesen Weg. Die Polizei-Verwaltung hat nochmals daran erinnert, daß das Befahren dieser Brücke verboten ist. Hoffentlich ist bald die Koppelbrücke, mit deren Bau man bereits begonnen hat, fertig, damit die Fuhrwerke nicht nur auf eine Brücke angewiesen sind.

Zum Stand der Kartoffelernte wird von einem Kartoffelfachmann aus Holland mitgeteilt, daß die von Amsterdam verbreiteten Telegramme, die holländische Kartoffelernte mache kaum die Hälfte einer normalen aus, nicht den Tatsachen entsprechen. Holland habe eine gute Mittelernte zu erwarten, und die Angebote seien kolossal groß. Er könne die feste Versicherung geben, daß die Kartoffeln nicht zu Phantasiepreisen verkauft zu werden brauchten, und sobald die Kartoffeln dem freien Handel überlassen würden, würde der Preis sich von selbst nach Angebot und Nachfrage regeln.

Eine Stadtverordnetensitzung findet Montag, den 22. August, in der Aula statt. Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung enthält 28 Punkte.

Ein großes Trauergefolge gab gestern nachmittag dem am Sonntag auf so tragische Weise ums Leben gekommenen Mitbürger Wilh. Seepe das letzte Geleit. 6 Vereine, teilweise mit ihrer Fahne, eröffneten mit der Maiwaldschen Kapelle den Trauerkondukt. Hinter dem Leichenwagen schritten die Angehörigen und Mittrauernden in großer Zahl. Viele kostbare Kranzspenden gaben beredtes Zeugnis von der Achtung und Liebe, deren sich der Verstorbene zu erfreuen hatte. Am Grabe sprach Herr Pastor Kochs Worte des Trostes an Angehörige und Trauergemeinde.

Kalkeran, 20. Aug. **Ein Fahrrad** hatte der Bergmann August M. von hier gefunden und zu Hause verborgen. **Wegen Fundunterschlagung** erfolgte Anzeige.

Niederaden, 20. Aug. **(Fahrraddiebstahl.)** Aus der verschlossenen Waschküche seines Schwagers wurde dem Bergmann Emil Sch. von hier vor wenigen Nächten ein Fahrrad gestohlen. Beschreibung des Rades: Mittlerer Rahmenbau, nach oben gebogener Lenkstange. Gummibereifung. Wert 500 bis 600 Mark.

Heil, 20. Aug. **Auf einer Festlichkeit** wurde nach kurzem Wortwechsel mit anderen Festteilnehmern der Bergmann Karl R. von hier tätlich angegriffen und durch Stockschläge am Kopf derart verletzt, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

(TU) Dortmund, 19. Aug. **(Die Dortmunder Eisenbahner an den Reichskanzler.)** Die Ortsgruppe Dortmund der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter hat an den Reichskanzler Dr. Wirth, den Deutschen Beamtenbund und an die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten folgendes Telegramm gerichtet: „Beamtenschaft infolge der seit Monaten eingesetzten wucherhaften Verteuerung aller Lebensnotwendigkeiten ohne Geld. Dienstwillen durch Familiennot gelähmt. Sofortige durchgreifende Hilfe der Staatsregierung erforderlich, weil Stimmung gedrückt und in Verzweiflung überzugehen droht. Heutige Versammlung der reichsgewerkschaftlich organisierten Eisenbahnbeamten erbittet die Hilfe der Staatsregierung, bevor es zu spät ist. Ortsgruppe Dortmund." — In einer einstimmig angenommenen Entschließung, die an die Reichsgewerkschaft in Essen gesandt wurde, wird die Erwartung ausgesprochen, daß sich der Bezirksvorstand der Kundgebung an den Reichskanzler, den Deutschen Beamtenbund und die Reichsgewerkschaftsleitung anschließt und gleichzeitig bei dem Präsidenten der Eisenbahndirektion Essen vorstellig wird, damit eine Stellungnahme der vorgesetzten Verwaltung im Sinne der unterstellten Personale und somit eine tatkräftige Unterstützung der berechtigten Forderungen herbeigeführt werden kann.

Dortmund, 18. August. **(Strafkammer.)** Aus dem Zuchthause wurde der Metzger Gustav Freydt vorgeführt. Er ist wegen Beteiligung an Unruhen mit einer längeren Zuchthausstrafe belegt worden. Jetzt hatte er sich wegen eines in einem Nachbarorte mit zwei Kumpanen verübten Einbruchs in einen Stall zu verantworten, aus dem ein Schwein und eine Ziege gestohlen worden sind. Freydt hat die gestohlenen Tiere an Ort und Stelle abgeschlachtet und das Fleisch in Dortmund verkauft. Die Strafkammer verurteilte ihn zu 2 Jahren Zuchthaus und erkannte ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren ab. — Der Ladeschaffner Walter Niermann aus Langendreer erfuhr durch den Lokomotivführer Fritz Thöne, daß in Dortmund einige Herren Eisenbahnbeamte zur Verschiebung von Eisenbahnwaggons mit Lebensmitteln usw. zu verleiten bemüht seien. Beide faßten den Plan, sich mit den Leuten in Verbindung zu setzen und sie derart aufs Glatteis zu locken, daß die Bahnüberwachungspolizei sie fassen könnte. Sie unternahmen ihre Schritte im Einvernehmen mit der Polizei. Niermann wurde durch Thöne mit dem früheren Eisenbahn- bezw. Bankbeamten Karl Lohage bekannt, der jedoch unter falschem Namen auftrat. Lohage fragte den Niermann sogleich, ob er etwas zu verschieben habe. Als N. entgegen fragte, was es denn sein sollte, sagte ihm Lohage, was am besten zu bekommen sei. Lohage traf mit den beiden Bahnbeamten nach ausführlicher Besprechung, wie die Schiebung auszuführen sei, das Abkommen, daß ihm zwei Waggons kondensierte Milch zugeschoben werden sollten. Später kam noch ein Waggon Schmalz dazu. Auf die Frage der Eisenbahner, ob er ihnen nicht ein Handgeld zahlen wolle, bemerkte Lohage, daß das nicht üblich sei, daß er, sobald die Waggons an ihn ausgeladen wurden, 75 000 Mark auszahlen wolle. Dabei legte er ihnen Schriftstücke vor, durch die sie erfuhren, daß Lohage als Hegemann dem Kaufmann Pollack die zu erwartenden Waggons bereits verkauft habe. Lohage war recht enttäuscht, als er infolge der Anzeige der Eisenbahner in Haft genommen wurde. Vergeblich versuchte er, die Sache zu seinen Gunsten zu drehen. Das Gericht bestrafte ihn mit 1 Jahr Gefängnis, rechnete ihm aber die Untersuchungshaft mit 4 Monaten 2 Wochen darauf an.

(O) **Hagen**, 19. Aug. **(Festnahme eines Schwindlerpaares.)** In Hohenlimburg wurde ein Schwindlerpaar festgenommen, das Gaben für den Bau eines Theaters sammelte und auf diese Weise bereits 11 400 Mk. ergattert hatte.

(O) **Hagen**, 19. Aug. **(Einträglicher Defekt.)** Das Schöffengericht verurteilte einen Molkereibesitzer aus Breckerfeld wegen fahrlässiger Milchfälschung zu 50 Mark Geldstrafe. Der Molkereibesitzer führte zu seiner Entschuldigung an, daß sein Pasteurisierungsapparat defekt sei und Wasser durchlasse. Der als Sachverständiger vernommene Chemiker Dr. Jüngermann bemerkte hierzu, daß der kleine Schaden am Apparat dem Angeklagten bei seinem Umsatz jährlich einen Vorteil von 24 000 Mk. bringe, wenn er ihn nicht beseitigen lasse.

(E) **Hagen**, 19. Aug. **(Schwere Strafe für Treibriemendiebe.)** Die Firma Asbeck hier stellte den 20jährigen Handlungsgehilfen Ernst Rüggeberg zur Aushilfe als Nachtwächter ein. In der ersten Nacht seiner Tätigkeit entwendete R. gemeinsam mit dem gleichaltrigen Metzger Schmalenbach einen 30 Meter langen Treibriemen im Werte von 30 000 Mk. vom Lager. Da der ungeteilte Riemen nicht fortzuschaffen war, wurde er zerschnitten. Durch Vermittelung des 17mal vorbestraften Arbeiters Miehe in Düsseldorf verpfändete Sch. den Riemen für 2000 Mk. bei einem Kaufmann Krauß in Düsseldorf. Bei diesem wurde der Riemen einige Wochen später beschlagnahmt. Die Hagener Ferienstrafkammer verurteilte Sch. und R. wegen schweren Diebstahls zu je 1 Jahr 3 Monaten bezw. 8 Monate Gefängnis, auch wurden M. die bürgerlichen Ehrenrechte für 5 Jahre aberkannt. Sch., R. und M. wurden sofort in Haft genommen.

(O) **Bochum**, 19. Aug. **(Eingemeindungsfrage.)** Die Gemeindevertretung von Höntrop hat in ihrer jüngsten Sitzung erneut die Vereinigung der Gemeinde Höntrop mit der Großstadt Bochum beschlossen. Nach diesem Beschluß wird nun auch wohl die Gemeindevertretung von Eppendorf ihren vorjährigen Beschluß revidieren und — entsprechend dem Willen der Mehrheit der Einwohnerschaft — sich für den Anschluß an Bochum entscheiden müssen. Das Wattenscheider Mittelstadtprojekt, das ohnehin auf sehr schwachen Füßen stand, erhält dadurch einen starken Stoß.

(O) **Bochum**, 19. August. **(Bahnprojekt Bochum—Lünen.)** Dem Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk ist es nach einer Pressemeldung gelungen, die beteiligten Kreise und Gemeinden auf ein großzügiges Bahnprojekt Bochum—Castrop—Mengede—Brambauer—Lünen zu einigen. Weiter wird eine Eisenbahnverbindung Bochum—Gelsenkirchen—Buer angestrebt.

Bochum, 19. Aug. **(Betriebsrat mit Reitpeitsche und Sporen.)** Wegen einer Reihe Betrügereien hatte sich der ehemalige Vorsitzende des Betriebsrates der Herbeder Steinkohlenbergwerke, Eduard Röttgen von Herbede, welcher gegenwärtig eine mehrjährige Zuchthausstrafe verbüßt, vor der Strafkammer zu verantworten. Von der Zechenverwaltung wurde Röttgen mit 10 000 Mark aufs Land gesandt zum Lebensmittelaufkauf für die Belegschaft. Für einige hundert Mark kaufte er zwar Speck ein, verpraßte jedoch die übrige Summe in Weindielen. Auch den Betriebsrat der Bismarckhütte in Bochum wußte er für einen „günstigen" Kartoffelkauf zu interessieren. Die Verwaltung gab ihm einen Beamten und 10 000 Mark mit. Jedoch wußte er unterwegs das Geld an den Mann zu bringen. Der Beamte wurde mit der Zusicherung, daß der Kartoffelankauf abgeschlossen sei und die Kartoffeln bald anrollen würden, beruhigt. Eine an die Verwaltung gesandte gefälschte Depesche folgte, jedoch die Kartoffeln blieben aus. Röttgen fuhr mit einem Wagen über Land, lebte flott. In seiner Begleitung befand sich eine Lebedame aus Hannover. R. gab sich in Weindielen als Bergwerksdirektor aus, trat in Reithose und mit Reitpeitsche und Sporen auf; ein andermal war er Rittmeister a. D. bei den Bonner Husaren, verübte eine Reihe Hotelschwindeleien und verduftete schließlich unter Zurücklassung seiner Geliebten. Währenddem mußte seine Familie hungern. Bergleute der Zeche Konstantin hinterging er, daß er die ihm von diesen zum Speckeinkauf übergebenen Summen ebenfalls durchbrachte. In anderen Fällen betrog er im Hattinger Bezirk Personen bei Schaf- und Fleischeinkäufen. Hier gab er sich als Polizeiwachtmeister aus. Die Strafkammer verurteilte Röttgen wegen Rückfallbetruges in 5 Fällen, Urkundenfälschung in zwei Fällen als ehrlosen Schwindler unter Einrechnung der gegenwärtig zu verbüßenden Strafe zu einer Gesamtzuchthausstrafe von 4 Jahren 6 Monaten, 3000 Mark Geldstrafe und zu 5 Jahren Ehrverlust.

Herford, 17. Aug. **Ueber Ausartung des Badelebens** wird der „Herf. Ztg." geschrieben: „Während man im allgemeinen der Ansicht ist, daß Badeorte zur Erholung für in der Treibmühle des arbeitsreichen Alltags angegriffene, verbrauchte und niedergebrochene Nerven oder gar zur Genesung organisch schwer leidender Mitmenschen dienen, scheint ein Teil der „Bade"gäste die Meinung zu haben, diese Orte müßten zu einer Stätte ungezügelter Vergnügungs- und Sinnenlust gestaltet werden. Gerade in diesem Jahre macht sich, auch in den Bädern unserer Nachbarschaft, vor allem in Oeynhausen, ein Luxus breit, bläht sich ein Genuß und ein Schauleben, wie es bis dahin einfach unerhört war. Tausende zerrinnen in den Händen protzenhaft sich gebärdenden neuen und alten Reichtums! Das flirtet auf den Straßen und in den Parks, das schlemmt und praßt in den Hallen und auf den Terrassen der großen Hotels! Golden leuchtet der Wein in den Gläsern, perlt und schäumt der Sekt in den Schalen, und hoch gehen die Wogen ungehemmter, trunkener Lebensbegierde. Es ist kaum glaublich, welche Anstrengungen Hotels und Cafés machen, um immer wieder neue Reize zu schaffen. Man denke nur an die beliebten „Schönheitskonkurrenzen". Kein Wunder, daß die Feindbundmächte uns vorrechnen, daß wir ihre Forderungen wohl erfüllen könnten, unter Hinweis auf solches Leben und Treiben in den Großstädten und in den Bädern! Kein Wunder, daß sie immer mehr aus uns zu erpressen versuchen unter Hinweis darauf, daß wir Millionen Flaschen Schaumwein heute mehr verbrauchen als in den Jahren vor dem Kriege! Wie muß es dem armen Kriegsinvaliden, wie dem mager besoldeten Angestellten oder Beamten zu Mute sein, der hier Heilung von wirklicher Krankheit erhofft, wenn er diese Drohnen der Gesellschaft taten und wirken sieht. Ganz energisch und mit eisernem Besen muß hier zugegriffen werden. Derartiges Zurschautragen protzigen Wohllebens kann und darf nicht länger geduldet werden, dafür ist die Not des Vaterlandes zu groß, das Elend der großen Masse, der Allgemeinheit zu tief. Wie zur Zeit der großen französischen Revolution tanzt diese leichtfertige Menge auf dem Vulkan, taumelt am Rande des Abgrundes von Begierde zu Begierde. Sollen die guten Elemente in unserem deutschen Volke abwarten und zusehen, bis es zu spät ist, bis alles im Chaos versinkt?" — Was hier inbezug auf Oeynhausen gesagt ist, trifft auf fast alle Badeorte zu. Ueberall eine Schlemmerei, ein Luxus, ein Protzentum, wie niemals zuvor. Und die Hotels und Fremdenpensionen wissen die Menge der Badegäste nicht zu fassen. Was man in diesen Badeorten in konzentriertem Maße sieht, kann man übrigens in mehr oder minder verdünnter Form in ganz Deutschland beobachten. Ueberall eine Vergnügungs- und Verschwendungssucht wie niemals zuvor! Ungefähr in allen Schichten der Bevölkerung, mit Ausnahme der Kleinrentner, Pensionäre und derjenigen Festbesoldeten, die von ihrem schmalen Solde Frau und erwerbsunfähige Kinder zu ernähren haben. Ja, ja: Das ist Deutschlands Trauer um den Tod zweier Millionen Menschen, um seine verlorene Großmachtstellung und den Verlust blühender deutscher Länder und Kolonien! Das ist das arme deutsche Volk, das unter dem Steuerdruck zusammenbricht und den übernommenen finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen kann! Aber nach uns die Sintflut! Ob wohl an diesem deutschen Wesen die Welt genesen soll? Die deutsche Welt wird wohl in absehbarer Zeit recht krank davon werden.

Essen, 17. Aug. **(Unglaubliche Leichtfertigkeit im Bergwerksbetriebe.)** „Der Kompaß", das amtliche Organ der Knappschafts-Berufsgenossenschaft, berichtet: „Auf der Schachtanlage einer Zeche im Ruhrbezirk wurden in einer Bremskammer, die in einem Fettkohlenflöz ausgeschossen war, während der Schichtzeit von drei Schleppern Zigaretten geraucht. Die leichtfertigen Burschen hatten eine Zigarette an der Sicherheitslampe angezündet. Sie haben dieses dadurch erreicht, daß sie bei hochgedrehtem Docht die Lampe längere Zeit schief hielten, sodaß die Flammenspitze allmählich beide Drahtkörbe so stark erhitzte, daß an dem äußeren Drahtkorb die Zigarette angezündet werden konnte. Dieser Vorfall kam dadurch zur Kenntnis, daß die Uebeltäter mit einem anderen Schlepper, der über diesen Vorfall unterrichtet war, in Streit gerieten und letzterer aus Aerger Anzeige beim Betriebsführer erstattete. Die amtliche Untersuchung hat diese Angaben nicht nur bestätigt, sondern von einem Zeugen wurde unter anderem behauptet, daß einer der Täter sogar das Lampenglas zerschlagen habe, um sich an der offenen Flamme die Zigarette anzuzünden. Von dem zuständigen Bergrevierbeamten ist die Angelegenheit zur weiteren Verfolgung der zuständigen Justizbehörde übergeben worden. Interessant ist auch die Feststellung, daß dieser ganze Vorfall einem älteren, erfahrenen Hauer zur Kenntnis kam und daß dieser nicht Gelegenheit nahm, die Sache zur Anzeige zu bringen, um derartige unglaubliche Leichtfertigkeiten zu unterbinden."

(O) **Hamborn**, 19. Aug. **(Meuchlerisch erschossen.)** Nach einem Wortwechsel wurde in der Wirtschaft Bunse am Bahnhof Neumühl der 34 Jahre alte unverheiratete Pferdehändler Heinrich Döing durch einen Revolverschuß, der von hinten auf ihn abgefeuert wurde, auf der Stelle getötet. Der feige Täter hat noch nicht ermittelt werden können.

(O) **Leichlingen**, 19. Aug. **(Disziplinarverfahren.)** Dem Antrage der sozialistischen Stadtratsfraktionen folgend, hat jetzt wie das Lenneper Kreisblatt meldet, die Regierung das Disziplinarverfahren gegen den Bürgermeister Klein eingeleitet, der sich durch angebliche Beleidigungen der Linksparteien hier unmöglich gemacht haben soll. Von der Amtsenthebung hat die Regierung vorläufig Abstand genommen.

Verkehrsfragen im Industriebezirk.

Während die West-Ostverbindungen im Industriegebiet schon recht früh einen sehr guten Ausbau erfahren haben, der besonders durch die Konkurrenz zwischen den beiden Hauptlinien, der Köln—Mindener und der bergisch-märkischen Eisenbahn sehr gefördert wurde, haben die Nord-Südverbindungen zurückstehen müssen. Neben den Gründen hierfür, die sich aus der Bodenbeschaffenheit ergaben — man hat auf dem Wege von Süden nach Norden die stärkeren Hebungen und Senkungen — war wohl auch dies maßgebend, daß die nördlichen Bezirke weder in verkehrs- noch in wirtschaftspolitischer Hinsicht Schwerpunkte darstellten. Es waren das Gebiete, die in erster Linie auf agrarische Produktion eingestellt waren und bedeutenderer Personenverkehrsmittel nicht bedurften. Nun hat man aber seit etwa 10 Jahren immer stärker betont, daß es notwendig sei, gewisse Verkehrsbänder, die von Süden nach Norden laufen, frei zu halten, d. h. ihre Bebauung zu verhindern, um diese Streifen später zur Anlage von Kanälen, Straßen oder Eisenbahnlinien bereit zu haben. Im Rahmen dieses Gesamtplanes tauchte dann auch das Projekt auf, das heute durch das Verhalten der Stadt Gladbeck plötzlich aktuell geworden ist, ohne daß wohl in nächster Zeit an seine Verwirklichung gedacht werden kann, die Frage einer Bahnverbindung Essen—Haltern. Es handelt sich, um dies ganz kurz zu sagen, um einen Lokalkrieg zwischen den Städten Buer und Gladbeck. Nach dem Entwurf, den die Eisenbahnverwaltung entworfen hatte, sollte die Bahn von Essen nach Buer-Süd, sodann nach Buer-Nord und von dort über Hassel—Marl nach Haltern geführt werden. Da in diesem Entwurf Gladbeck, das an der Strecke Wanne—Winterswyck liegt, nicht berücksichtigt wird, hat dieses von Prof. Giese-Charlottenburg seinerseits einen Entwurf ausarbeiten lassen, der den Plan der Eisenbahnverwaltung insofern abändert, als er die Strecke von Buer-Süd aus nach Nordwesten über Gladbeck und dann nach Nordosten über Possum—Marl verlaufen läßt. Er machte dadurch einen Umweg von fast 2 Kilometer. Es ist ganz natürlich, daß Buer bei seinem ungünstig weitläufigen Stadtbild Wert darauf legt, nach Möglichkeit beide Bahnhöfe durch die Nord-Südlinie verbunden zu sehen, ebenso verständlich wie es ist, daß Gladbeck eine Bahn, die wenige hundert Meter östlich seiner Stadtgebietsgrenze vorbeiläuft, durch seinen Bahnhof hindurchführen möchte (der übrigens nach dem Entwurf von Prof. Giese verlegt und als Turmbahnhof etwas weiter nördlich neu errichtet werden soll.)

Für den Industriebezirk als Ganzes können in der Beurteilung der Frage nur zwei Gesichtspunkte maßgebend sein. Erstens nämlich handelt es sich darum, welche von beiden Linien den Interessen des Gebiets am besten dient, und zweitens, welche im Falle der Gleichwertigkeit beider in allen anderen Beziehungen, die billigste ist. Für das Gebiet ist der Verlauf der Strecke — ob Buer-Nord, ob Gladbeck — ganz und gar gleichgültig. Denn für das Gebiet besteht lediglich ein Interesse an einer Verbindung mit dem noch wenig verschlossenen Gebiet im Norden. Ob zu diesem Zweck innerhalb des Ruhrkohlenbezirks ein — im Rahmen des Ganzen recht geringer — Umweg gemacht wird, ist belanglos. Nur die Frage der Kosten kann den Ausschlag geben. Dabei stellt sich heraus, daß die Kosten einer Ausführung des Projektes Giese die höheren sind.

Auf der Nord- und der Südlinie, d. h. der Köln—Mindener und der bergisch-märkischen Linie ist der Kampf zwischen den Verkehrsvereinen der anliegenden Städte um die Fernzüge von neuem entstanden. Es kann nicht Aufgabe sein, die auf beiden Strecken verkehrenden D-Züge gleichmäßig auf diese zu verteilen, sondern zunächst einmal müßte festgestellt werden, wie groß auf beiden Strecken das Bedürfnis nach Fernzügen ist. Der gangbarste Weg dazu wäre wohl der, daß man von den Bahnhöfen der Nord- sowohl wie der Südlinie, soweit sie nordöstlich von Duisburg, wo die Strecken sich teilen, liegen, die Zahlen der für den Fernverkehr ausgegebenen Fahrkarten festzustellen sucht. Als Fernverkehr wäre etwa eine Strecke von über 75 Km. anzunehmen. Nur so kommt man zu einem objektiven Ergebnis. Nachdem die Verkehrsvereine der Nordlinie sich zusammengeschlossen haben, um für die Ausgestaltung des Verkehrs auf dieser Linie einzutreten, haben nun auch die Verkehrsvereine an der Südlinie beschlossen, in gemeinschaftlicher Arbeit die Eisenbahnverwaltungen über die Wünsche der Städte zu informieren. Man muß betonen, daß es nicht darauf ankommen kann, nur die großen Städte, die unmittelbar an den Linien liegen, zu hören, sondern auch die Zubringer. Die Städte Dortmund und Duisburg als Endstationen, die bis jetzt nur der Interessentenvereinigung an der Köln—Mindener Linie beigetreten sind, müssen zu Zwecken objektiver Information ebenfalls zu den Sitzungen der Interessentenvereinigung Süd hinzugezogen werden. Als offensichtlicher Mangel auf der Südlinie wird das Fehlen von Personenfernzügen empfunden. Danach verkehrt nämlich auf der Nordlinie in jeder Richtung etwa die doppelte Anzahl von Personenfernzügen, wie auf der Südlinie.

Ueberhaupt muß die Ausgestaltung des Personenzugverkehrs — insbesondere des Eilzugverkehrs — innerhalb des Industriebezirks Hauptbestreben der Eisenbahnverwaltung sein. Einerseits im eigenen Interesse, um nämlich die D-Züge zu entlasten, anderseits im Interesse der Konsumenten, da der hohe D-Zug-Zuschlag bei kurzen Reisen eine beträchtliche Verteuerung der Fahrkosten bedeutet. Gerade das Industriegebiet solle die Eisenbahnverwaltung wegen seiner starken Abhängigkeit von allen Verkehrsmaßnahmen besonders beachten. Die Fäden zwischen dem Verkehr und der gesamten Wirtschaftslage sind nirgends so empfindlich, wie hier; die differenziertesten Gebilde sind eben überall — oft schon durch geringe Aenderungen ihrer Struktur — am leichtesten verletzlich.

(Rhein.-Westfäl. Zeitung.)

Die Streiklage in Bremen.

In der Bremer Streiklage hat sich wenig geändert. Die Zahl der Leute der in den lebenswichtigen und Staatsbetrieben eingesetzten technischen Nothilfe ist auf 800 erhöht. Ihre Arbeit ist bisher ohne Zwischenfälle vonstatten gegangen. Die Beamten haben gleichfalls helfend eingegriffen. In der Angelegenheit des Streiks bezw. der Aussperrung auf der Weserwerft wurden Dienstag auf Veranlassung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Verhandlungen der Vertreter des Industrierates, der Gewerkschaftsvorsitzenden und des Arbeiterrates im Lloyds-Gebäude geführt. Zu einer auf heute vormittag 10 Uhr für die Arbeiter der Weserwerft angesetzten Versammlung unter freiem Himmel waren bis 10½ Uhr erst wenige Arbeiter erschienen; bis gegen 11 Uhr waren jedoch etwa 3000 Personen zusammengekommen. Der Berichterstatter der Kommunisten, Höcker, sprach über die Lage. Er teilte mit, daß durch die Dienstag geführten Akkordverhandlungen der Spitzenorganisationen mit der Werkleitung eine Aenderung des § 5 der neu erlassenen Betriebsordnung (betr. die Akkordsätze) erreicht worden sei, daß aber die entlassenen drei Betriebsratsmitglieder zu den Verhandlungen nicht zugelassen worden seien. Inhaltlich blieben die Vereinbarungen bestehen. Die Arbeiterschaft müsse sich deshalb weiter ablehnend verhalten und den Streik weiterführen. Sie müsse sich weiter an die Beschlüsse der Kommunisten halten, nach denen die Arbeiterschaft die Werft besetzen, die Direktion absetzen und eine neue Direktion wählen solle. Ueber diese Beschlüsse der Kommunisten soll heute abend in einer vom Vollzugsrat einberufenen Betriebs- und Obleuteversammlung gesprochen werden. Von dem Staatsarbeiterstreik sagte Höcker, dieser habe Uneinigkeit in die Arbeiterschaft gebracht, weil die Gewerkschaften den Betrieben, die auf Strom angewiesen sind, empfohlen haben, mit dem von der technischen Nothilfe gelieferten Strom zu arbeiten. Die Gewerkschaften rechnen dabei damit, daß die technische Nothilfe in acht Tagen versagen werde, fühlen sich aber zu dieser Haltung auch aus Mangel an Mitteln für Streikunterstützungen gedrängt. Von dem Metallarbeiterverband wird bisher keine Streikunterstützung gezahlt. Die Kommunisten wollen ihren Mitgliedern 9 Mark täglich zahlen und der Versammlung der Betriebsräte den Generalstreik vorschlagen. In der Versammlung der Vertreter der Werftbetriebe am nächsten Sonntag in Hamburg hoffen die Kommunisten ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiterschaft sämtlicher Werften herbeizuführen. Der Betriebsrat der Weserwerft hat auf morgen früh 9 Uhr eine Versammlung angesetzt für die organisierten Arbeiter. Schulze vom Metallarbeiterverband sagte, er habe die Gewißheit, daß die Direktion der Weserwerft nachgeben werde, und man müsse solange als möglich den Verhandlungsweg gehen. Die organisierten und nichtorganisierten Arbeiter werden morgen früh gesonderte Verhandlungen abhalten. Die letzteren wollen nach einer Erklärung ihres Sprechers für den Generalstreik stimmen. In der Arbeiterschaft ist aber die Stimmung für den Streik flau, auch bei den bremischen Staatsarbeitern.

Stresemann zur Steuerfrage.

Der Berliner Berichterstatter des Figaro hatte eine Unterredung mit Dr. Stresemann, der folgendes geäußert haben soll:

Das Kabinett Wirth wurde gegen den Willen der Volkspartei gegründet. Die Haltung der Volkspartei gegenüber der Regierung wird von der Steuerpolitik abhängen. Man kennt das Steuerprogramm noch nicht genügend, aber die Volkspartei ist bereit, die auswärtige Politik des Kabinetts zu unterstützen, soweit diese sich auf die Ausführung des Ultimatums bezieht. Hierin sind die Parteien einig. Man hat die Bedingungen des Ultimatums angenommen und wird sich bemühen, sie auszuführen. Wenn aber Dr. Wirth auf Anregung seiner sozialistischen Anhänger neue Steuern nur dadurch aufbringen will, daß er Privateigentum und Industrie übermäßig hoch besteuert, dann kann man ihm auf diesem Wege nicht folgen. Damit die deutsche Industrie Gewinn abwerfen kann, muß jeder Gedanke einer Sozialisierung, der gleichbedeutend mit Defizit ist, aufgegeben werden. Aber das wird Dr. Wirth der Gefahr aussetzen, die Unterstützung der Sozialisten zu verlieren. Er wird sich also in dem Dilemma befinden: entweder muß er Einnahmen ohne oder gegen die Industrie suchen. Es ist vergeblich, dann zu denken, daß man die dem Verband versprochenen Summen mit Steuern auf Schmucksachen oder auf das Vermögen finden könnte, oder indem man die Einkommensteuer noch erhöht. Nur eine weitblickende Steuerpolitik, die auf indirekten Steuern aufgebaut ist, wird die nötigen Einnahmequellen erschließen.

Frankreich als Gläubiger Rußlands.

Die französische Regierung veröffentlicht den Wortlaut der verschiedenen von ihr mit der englischen Regierung ausgetauschten Noten über die russische Schuld. In der ersten Note vom 25. November 1920 stellt Frankreich den Grundsatz auf, daß die Frage der Handelsbeziehungen und der russischen Schuld nicht voneinander getrennt werden könnten. Die französische Regierung erinnert daran, daß am 13. Februar 1918 die Diplomaten von 14 Verbündeten und 6 neutralen Ländern in Petersburg Einspruch erhoben hätten gegen die Weigerung der russischen (bolschewistischen) Regierung, die russischen Anleihen zurückzuzahlen, gegen die Beschlagnahme des Eigentums und gegen andre ähnliche Maßnahmen, und daß jede dieser Mächte damals die russischen Maßnahmen als null und nichtig in bezug auf ihre Staatsangehörigen betrachtet habe. Unter diesen Mächten habe sich auch England befunden. In der zweiten Note vom 31. März 1921 bestätigte Ministerpräsident Briand die Erklärung Lloyd Georges vom 22. März im Unterhaus, in der der englische Erste Minister die besondern Rechte Frankreichs auf den russischen Besitz anerkannt und festgestellt habe, daß Großbritannien seinen Verbündeten in dieser Angelegenheit unterstützen werde. Am 6. April 1921 habe der französische Ministerpräsident Vorbehalte gegenüber gewissen Bestimmungen des englisch-russischen Abkommens vom 16. März gemacht. Am 25. Mai 1921 habe Briand gegen zwei englische Gerichtsentscheidungen Einspruch erhoben, in denen sich die Gerichtshöfe für unzuständig erklärten, über den moralischen Charakter eines von Krassin getätigten Verkaufs von Holz, das Ausländern gehörte, einen Spruch zu fällen. In ihrer Antwort vom 14. Juni 1921 habe dann die englische Regierung sich mit den von der französischen Regierung in der oben zuerst erwähnten Note aufgestellten Grundsätzen einverstanden erklärt, jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß nach Artikel 9 des Vertrags mit der Räteregierung England kein Gold, Kapital, Wertpapiere oder Waren, die aus Rußland ausgeführt würden, beschlagnahmen könne, abgesehen von solchen Gegenständen, die sich als Eigentum der britischen Regierung feststellen ließen. Die französischen Staatsangehörigen könnten sich an die Gerichtshöfe des Vereinigten Königreichs wenden, aber die englische Regierung habe keinen Einfluß auf die Entscheidungen der Gerichte, wenn das Urteil des Appellationsgerichts durch die Kammer der Lords bestätigt werde.

England und Helgoland.

Sorglosigkeit oder Tatsache?

Die Vermutung, daß in England eine gewisse Richtung auf die Annexion Helgolands hinarbeitet, gab der Schriftleitung der „Nordwestdeutschen Zeitung" Anlaß zu einer diesbezüglichen Anfrage an den Reichsminister des Auswärtigen. Darauf ist folgende Antwort des Auswärtigen Amtes eingelaufen:

Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich auf das an den Herrn Reichskanzler des Auswärtigen gerichtete gefällige Schreiben vom 27. v. M. in dessen Auftrage ergebenst zu erwidern, daß das Auswärtige Amt keinen Anlaß hat, an englische Annexionsabsichten auf Helgoland zu glauben.

Auf der einen Seite bringt die Aufsicht über die helgoländischen Entfestigungsarbeiten die englischen Marinebehörden auf Grund des Friedensvertrages in vielfache Beziehungen zu den Vorgängen auf der Insel. Andererseits liegen hier bis jetzt keine Nachrichten vor, die dafür sprechen, daß die Haltung der englischen Behörden gegenüber den auf Helgoland hervorgetretenen Streitfragen sich nicht stets in den Grenzen der internationalen Loyalität gehalten hat. Im Auftrage: Schubert.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 20. Aug. **(Turnverein zu Kamen.)** Wie schon bekannt, feiert der Verein heute sein diesjähriges Sommerkränzchen, um 7½ Uhr abends beginnend, in seiner Turnhalle am Nordentor. Alle Mitglieder, Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich eingeladen.

Kamen, 20. Aug. **(Ost- und Westpreußen-Verein Bruderhand, Kamen.)** Die Generalversammlung findet am Sonntag morgen bei Felske, Oststraße, statt und beginnt um 10 Uhr.

Kaiserau, 20. Aug. **(Radfahrerfest.)** Am Sonntag, den 18. September, feiert der Radfahrer-Verein „All Heil Viktoria"-Kaiserau sein diesjähriges Herbstkränzchen im Lokale der Wwe. Schmelzer. Geboten werden Reigen, Kunst- und Volks-Spiele. Mehrere wertvolle Gegenstände gelangen zur Verlosung.

Sport.

Kamen, 20. Aug. (Ballspiel) Heute, Samstag, abends 6 Uhr treffen sich auf dem Sportplatz Schützenhof, Weststraße, die ersten Mannschaften des Ballspielvereins Hamm und des Sportvereins Kamen. Beide Mannschaften trafen bisher einmal, und zwar im Vorjahre in Ahlen im A-Klassen-Aufstiegspiel zusammen. Sportverein stellte damals die bessere Mannschaft und siegte mit 5:2 Toren. Hamms Mannschaft ist in diesem Jahre in die A-Klasse aufgestiegen und hat sie sicherlich an Spielstärke zugenommen.

Briefkasten.

T. G. in Kamen. Sie können die Eltern der Kinder haftbar machen, wenn diese wiederholt durch Steine Ihre Brieftauben getötet haben. Die Eltern kannten die Unart ihrer Kinder, sie hätten ihnen verbieten müssen, nach den Tieren zu werfen. Das ist nicht geschehen, die Eltern haben damit ihre Aufsichtspflicht verletzt und sind haftbar. Sofern eine Einigung im Guten nicht zu erzielen ist, ist eine Klage auf Schadensersatz möglich, wenn Sie feststellen, welcher Junge der Uebeltäter war.

Alter Abonnent A. Wenn zwei Parteien auf derselben Etage wohnen, kann man billigerweise nicht nur der einen die Reinigung des Flurs zumuten. Weigert sich der zweite Mieter, sich mit Ihnen in die Arbeit zu teilen, nun, dann stellen auch Sie die Reinigung ein. Vielleicht wird sich dann der Hauswirt der Angelegenheit annehmen.

Bei eintretenden Trauerfällen
wenden Sie sich vertrauensvoll an das
Beerdigungs-Institut L. Knieper,
Kamen, Telephon 204.
Sie werden dort gut nnd schnell bedient. Reichhaltige. Lager in allen Sorten
Särgen. 2091
— Uebernahme ganzer Beerdigungen. — Sargausstattung. — Leichenwäsche.
Auf Wunsch Aufbahrung und —— Zimmerdekoration. ——

Keine körperliche Untersuchung!
Augendiagnose.
Homöopathische elektro-galvanische Heilweise. Giftfreies operationsloses Heilverfahren.
Behandlung jedes Leidens, ob frisch, veraltert, oder dem Verzweifeln nahe.
Sprechstunden nur in Unna, jeden Dienstag Königstraße 6, von 9—5 Uhr. 3575
R. Kley,
Privatgelehrter der Medizin, Lehrer in der Augendiagnose.

Keine Wanze mehr!
nur mit Mortin zu erzielen. Erfolg verblüffend, mehrjährige Garantie. Riecht nicht, macht keine Flecken Fl. 8.00 Mk. 1878
Drogerie W. Klinkmann, Weststrasse 1.

3 Anstreicher-Gehülfen
sucht für dauernd
Fritz Tapperath,
Weststraße. 3533

Junges, zuverlässiges
Mädchen
sofort gesucht. 3603
Gute Behandlung zugesichert.
Hermann Bohne,
Metzgerei, Kamen,
Weststraße 52.

Zu bald suche ein sauberes h3612
Mädchen
bis 17 Jahre alt, für Hausarbeit
Ad. Stellbrink,
Eisengeschäft.

Zwei h3571
Küchenmädchen
sofort gesucht.
Pflegeheim,
Barmen,
Bärenstraße 21.

Mädchen
nicht unter 18 Jahren gesucht. h3585
Frau Meermann,
Weststraße 13.

Mehrere
Dienstmädchen
finden zum 1. Sept. Stellung in einer Heilstätte des Sauerlandes bei hohem Lohn und guter Verpflegung.
Zu erfr. in der Geschäftsst. d. Ztg. 3515

Ein junges
Morgenmädchen
von 14—16 Jahren gesucht. h3554
Zu erfr. in der Geschäftsstelle der Zeitung.

Ein ehrl. propres
Mädchen
für sofort oder später gesucht. 3607
Näh. in der Geschft. der Kamener Zeitung.

Einfaches h3584
möbl. Zimmer
für sofort gesucht gleich wo.
Off. unter Nr. 3584.

Möbl. Zimmer
in sauberem Hause zu sofort gesucht. 3602
Gefl. Angebote an
O. Frühling G. m. b. H. Bahnhofstr. 40.

Ladenlokal
zum 1. Januar 1922 oder früher zu mieten gesucht.
Schriftl. Angebote unter **Nr. 3581** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Neue und gebrauchte
Möbel:
Kompl. Küchen, Küchen- und Kleiderschränke, Waschkommoden, Sofas etc. ständig auf Lager.
F. Blume, Schillstr. 5.

Von Königstraße bis zum Bahnhof ein 3606
Armband
(Erbstück)
verloren.
Abzugeben gegen Belohnung in der Geschäftsstelle.

Asthma
kann geheilt werden. Sprechstunden in Dortmund, Hotel Westfalenhof, Burgwall 10/12, jeden Dienstag von 9—1 Uhr. **Dr. med. Alberts,** Spezialarzt. Berlin S. W. 11. p666

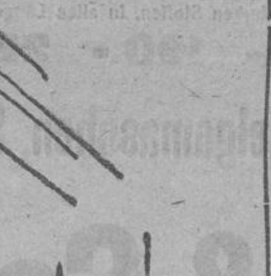
Weißer Teint
wird erzielt durch
Besalon-Bleichcream
der bei täglichem Gebrauch Frost und aufgesprungene Hände verhütet. Er entfernt, stark aufgetragen, Leberflecke, Mitesser usw. usw.
Tube Mk. **5.-**, große Dose **15.-**
Verkaufsstelle: 3093
Löwen-Drogerie.

Gut erhaltener 3576
Gehrock
nebst Weste billig zu verk.
Ostenmauer 3.

Die Beleidigung, die gegen mich gemacht worden ist, beruht auf Unwahrheit und warne jeden vor Weiterverbreitung, da ich sonst gerichtlich vorgehen werde. h3601
Albert Mennes.

Heirat! 3613
Vermögende Damen wünschen glückl. Heirat. Herren wenn auch ohne Vermögen, gibt Auskunft **Frau Deckert,** Berlin Perlebergerstraße 18.

Schützenhof.
Heute, Samstag, 6 Uhr
Ballspielverein Hamm 1
gegen 3605
Sportverein 1.



Ia. Solinger Stahlwaren:
Bestecke
Brotmesser
Fleischmesser
Rasiermesser
Rasierapparate
Scheeren
Taschenmesser
2c.
kaufen Sie besonders vorteilhaft bei p3527
Carl Müller
Kamen.



ist es Zeit, sich die Ullstein-Schnittmuster zur Herbstschneiderei anzusehen bei
Frau Eumann, Markt 23
früher Bahnhofstrasse 3.

Sitzung
der Stadtverordneten-Versammlung

am Montag, den 22. August 1921, nachmittags 4 Uhr
in der Aula des Realgymnasiums.

Tagesordnung:

1. Aufnahme einer kurzfristigen Anleihe.
2. Zustimmung zur Kreiszuwachssteuerordnung.
3. Bewilligung eines Kredits zur Kartoffelbeschaffung.
4. Abrechnung der städtischen Kleiderstelle.
5. Bücherregal für die Volksbibliothek.
6. Bekanntgabe einer Regierungsverfügung betr. Nachtragssteuer 1920.
7. Erhöhung von Anerkennungsgebühren.
8. Erweiterung der Berufsschulpflicht.
9. Teilnahme von Berufsschullehrern an Ausbildungskursen.
10. Teilung von Berufsschulklassen.
11. Betriebszuschuß der Gemeinde Heeren.
12. Elektrizität in der Hammerstraße und Rottumerstraße.
13. Erhöhung der Vergütung für den Totengräber.
14. Annahme eines Ersatzes für den erkrankten Vollziehungsbeamten.
15. Erhöhung des Zuschusses für den Besuch einer Verwaltungsbeamtenschule.
16. Zuschuß zur Vorbereitung auf die Beamtenprüfung.
17. Ablegung der Sekretärprüfung durch Herrn Hellkötter.
18. Instandsetzung der Schulräume im Gemeindehause.
19. Einzäunung des Schulplatzes der Josefschule.
20. Ankauf eines Grundstücks.
21. Verlegung von Wasser und Elektrizität nach der Siedlung.
22. Aenderung der Besoldungsordnung hinsichtlich Militäranwärter.
23. Ausbesserung der Stadtwage.
24. Anerkennungsgebühr der Seelsorgenossenschaft.
25. Besteuerung von Wanderlagerbetrieben.
26. Vernichtung von Notgeld.
27. Abnahme von Rechnungen.
28. Prüfung verschiedener Kassen.

Geheime Sitzung.

Kamen, den 19. August 1921.

Der Stadtverordneten-Vorsteher:
3620 **Hußmann.**

Bekanntmachung.

Die Sesele-Brücke an der Bahnhofstraße ist für Zugmaschinen, Lastautos und Fuhrwerke über 70 Zentner bis auf Weiteres gesperrt.

Das Befahren der Sesele-Brücke in der Mersch ist verboten. 3621

Kamen, 19. August 1921.

Die Polizei-Verwaltung: Dr. Wiesner.

Fr. Brinkmann
begl. Vertreter von
Pastor Felkes Heilweise
Unna, Bahnhofstraße 49
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 3139

Für die Jagd!

Dem Artikel „Jagd-Kleidung" widmen wir ganz besondere Sorgfalt und führen hierin nur allererste, bewährte, wetterfeste Fabrikate. Wir legen bei diesem Artikel besonders Gewicht auf eine dem Zweck entsprechende praktische Ausstattung und äußerst bequemen Sitz. Unterhalten **ständig großes Lager in — den verschiedensten Fassons und Stoffen. —**

Für jede Figur richtig passende Kleidung vorrätig.

Jagd-Anzüge

aus Schilfleinen, Casinet- und Loden-Stoffen, in altbekannten Friedens-Qualitäten, Joppe mit vier Taschen, gekräuselter Passe, Muff-, Schoss- und Pfeiffentaschen, mit langer oder Breeches-Hose

Mk. 260.- 295.- 325.- 375.- 525.- 550.-

Jagd-Mäntel

mit doppelter Schulter, überhängender Achsel und Schiesärmel gearbeitet aus wetterfesten, glatten und langhaarigen Loden- und Casinet-Stoffen

Mk. 325.- 375.- 450.- 500.- 575.- 675.-

Jagd-Joppen

aus äusserst strapazierfähigem Schilfleinen, Casinet- und Lodenstoffen

Mk. 125.- 175.- 195.- 225.- 275.- 325.-

agd-Hosen

aus Manchester-, Loden- und anderen starken Stoffen, in allen Längen und Bundweiten am Lager

Mk. 105.- 150.- 190.- 220.-

3610

Jagd-Rucksäcke, Wickelgamaschen, Stutzen, Jagdhemden

Grüter & Schimpff

Hamm i. W. **Gr. Oststrasse 45.**

In Qualität unerreicht!



Allein-Engros-Vertrieb für den hiesigen Bezirk zu Fabrik-Originalpreisen.

Hans Dolle,
Tabakfabrikat-Großhandlung
Anruf Nr. 2 **KAMEN** Markt 16. 12880

Wer sparen muss mit seinen Kohlen
Läßt sich Persil zur Wäsche holen!



Geringer Kohlenverbrauch, da nur einmaliges viertelstündiges Kochen. Größte Waschwirkung, die Wäsche wird blütenweiß, frisch und duftig wie auf dem Rasen gebleicht.

PERSIL

ist das beste selbsttätige Waschmittel!

Überall erhältlich nur in Original-Packung niemals lose

Alleinige Hersteller: **Henkel & Cie., Düsseldorf**

Große Auswahl in
Natur Haarzöpfen
zu bekannt billigsten Preisen.
Anfertigung sämtlicher moderner
Haararbeiten, Zöpfe, Unterlagen, etc.
Damen-Salon
W. Steinmann,
Bahnhofstraße 56,
Telephon 256. 3083

Treffpunkt der Bayern

Sonntag, den 21. ds. Mts., nachmittags 5 Uhr, beim Wirt Rieder am Markt. 3618

Der Vorstand.

Brieftaube

zugeflogen. 3616
Gegen Erstattung der Unkosten abzuholen bei
Karl Prolingheuer,
Bergkamen, Bismarckschule

Monopol

Hotel-Restaurant.

Besitzer: Friedrich Wilhelm Herms.

Sonntag, den 21. August 1921, ab 3 Uhr:

Freikonzert

Neue Hauskapelle.

Im Anstich 3608

Pilsener Urquell.

Tanzschule
Bergkamen.

Am **Mittwoch, den 24. August,** beginnt ein

neuer Kursus

für Kinder und Erwachsene im Lokale des **Herrn Schnepper.**

Unterrichtsstunden von 4—6 und 8—10 Uhr.

3609 **A. Herzog.**

Küchen und Herde | **Schlafzimmer und Betten**

H. Brorhilker, Möbelhandlung

Westick, Post Kurl. **Telephon Nr. 137, Amt Kamen.**

Wohnzimmer und Sofas | **Grosse Auswahl. Billige Preise.**

Billig! Billig!

Eine Sendung Speck

Ia. Speck	dicken, fetten . . Pfd.	13.50
Ia. Speck	(durchw., geräuch.) Pfd.	14.50
Ia. Mettwurst	(polnische) Pfd.	10.00
Ia. Pflaumen	. . . . . Pfd.	5.50
Ia. Malzkaffee	(Pakete) Pfd.	3.90
Schokolade	in grosser Auswahl.	

Rudolf Saarbeck

Rottstraße 7. 3611

---

1 Doppelladung 3591

Ia. Speisekartoffeln

eingetroffen und empfiehlt zu billigen Preisen

Engelbert Goselwitz,

Oststraße 27. Telefon 149.

Obst-Ankauf

Wichtig für Obsterzeuger.

Kaufe jeden Posten

Tafel-Obst

zu höchsten Tagespreisen. 3598

Peter Kamp, Kamen,

Bahnhofstr. 28 Telefon 265.

Kartoffeln.

Habe Dienstag, den 23. August

frühe Speise- und Pflanzkartoffeln

abzugeben am Bahnhof Oberaden.
Nehme auch zum Einkellern Bestellungen entgegen. 3600

Otto Brock, Oberaden.

Linoleum

für **Möbel u. Fußböden,** einfarbig und granit, **Ia. Friedensqualität**

besonders preiswert 640

Tapeten- u. Farbenhaus **Gebrüder Scheele**

Hamm (Westf.), Große Weststr. 24.

Beste Bezugsquelle für Schreinermeister.

Umpressen
Reinigen, Färben

von Herren- und Damen-Hüten schnell und billig.

E. Wette, Waschanstalt,
Bahnhofstrasse. 3278

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt das ärztlich empfohlene millionenfach bewährte
Kukirol
Sch. M. 3.–. In Apotheken u. Drogerien erhältlich

Nr. 194
Zweites Blatt

Kamener Zeitung

Sonnabend,
den 20. August 1921

Die Bedeutung der Pariser Beschlüsse für den Völkerbundsgedanken.

Von Reichsminister a. D. Dr. Bernhard Dernburg.

Die oberschlesische Frage ist weder eine deutsch-polnische Angelegenheit, noch eine Frage der Auslegung des Friedensvertrages, sondern das Symbol einer weltwirtschaftlichen Auseinandersetzung von der höchsten politischen Tragweite. Gewöhnlich wird die Frage so gestellt: Soll Deutschland dauernd so geschwächt werden, daß es überhaupt keine Wiedergutmachung leisten, ja wirtschaftlich kaum existieren kann, d. h. soll der Zustand dauernden Kriegs nach dem Kriege bis zu unserer völligen Zerstückelung aufrechterhalten werden. Also die Clemenceausche These! Wer die Frage so stellt, betrachtet den gegenwärtigen Kampf als eine deutsch-französische Auseinandersetzung. Aber diese Fragestellung ist zu eng. Richtiggestellt lautet sie, soll durch die französische Vergewaltigung Deutschlands und die Stärkung der französischen Gefolgstaaten von Warschau und Prag die französische Alleinherrschaft auf dem Kontinent errichtet und verewigt werden und England auf seine Insel und sein Kolonialreich verwiesen werden, wobei sich Frankreich vorbehält, in den von ihm angenommenen kommenden Machtkampf zwischen den Seemächten sein Gewicht nach Gunst und Vorteil in die Wagschale zu werfen. Und wirtschaftlich gesprochen: soll Frankreich durch den Besitz der Saar- und Lothringer Gruben, durch die Kontrolle des Ruhrgebietes und durch die Ausbeutung Oberschlesiens zum mächtigsten Industriestaat unserer Hemisphäre werden und damit dem englischen Handel einen schwersten Stoß versetzen. So betrachtet, erkennt man, daß Oberschlesien und die Sanktionen ein Zusammengehöriges sind und daß die Pariser Konferenz eine Etappe in der Entscheidung der künftigen Schicksale der Welt gewesen ist; ein Kampf, in dem es kein Kompromiß geben konnte, wenn man von einzelnen kleineren Höflichkeitskonzessionen etwa absieht. Die Frage schließt also den Frieden der Welt für absehbare Zeit in sich. Daraus ergibt sich, daß eine Nichteinigung notwendig zu einem Bruch führen muß, der in ebenso absehbarer Zeit die Pforten des Janustempels erneut geöffnet hätte.

Hieraus ergab sich, daß, wenn der Völkerbundgedanke überhaupt ernsthaft genommen werden will, die Angelegenheit früher oder später den Völkerbund beschäftigen mußte. „Wenn" — so sagt der Artikel 15 des Covenants, „zwischen Bundesmitgliedern eine Streitfrage entsteht, die zu einem Bruch führen könnte, und diese nicht der Schiedsgerichtsbarkeit unterbreitet wird, so ist sie vor den Rat des Völkerbundes zu bringen." Nach dem Versailler Vertrag ist die Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen Aufgabe des Obersten Rats der Alliierten, und es werden vermutlich schließlich als eine Sache des Prestiges die Alliierten diese Grenze auch ziehen. Da sie sich aber von vornherein dahin geeinigt haben, sie entsprechend den Gutachten des Völkerbundsrats zu ziehen, so ist die Entscheidung der interalliierten Premiers lediglich Form und Ausführung geworden; aus dem Gutachten des Völkerbundrats wird Urteil und Entscheidung. Man scheint sich weiterhin dahin geeinigt zu haben, daß auch ein Mehrheitsvotum des Völkerbundrats angenommen werden soll; ein einhelliges Gutachten also nicht nötig ist. Das ist wohl in der Voraussicht geschehen, daß ein solches einhelliges Urteil nicht erzielbar sein wird, da Frankreich auch in diesem Gremium vermutlich nicht überzeugt werden kann. Das würde dann die Dinge auf den alten Stand bringen, was jedenfalls vermieden werden soll. Die ernsteste Entscheidung, vor der die Welt zur Zeit steht, ist also von Paris nach Genf verlegt und muß zur Probe werden, wie weit der Völkerbundgedanke die Weltpolitik beherrscht und wie weit sein gegenwärtiger Ausdruck, der Covenant, ein geeignetes Instrument darstellt. Anscheinend handelt es sich allerdings nicht um eine Anrufung des Rates zur Vermeidung eines Bruches, wie sie der Artikel 15 vorsieht. Man bezieht sich auf Artikel 11 Abs. 2, wonach „jedes Bundesmitglied das Recht hat, in freundschaftlicher Weise die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung oder des Rates auf jeden Umstand zu lenken, der von Einfluß auf die internationalen Beziehungen sein kann und" (ich übersetze nach dem englischen Text, der für diesen Teil des Friedensvertrags maßgebend ist) „den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Nationen, von dem der Friede abhängt, zu stören droht." Aber auch das ist nebensächlich, und die Natur des Streits ist nicht nur in diesem Wortlaut hinreichend umschrieben, sondern sie liegt auch klar auf der Hand. Ueberdies ergibt sich aus der Haltung des amerikanischen Vertreters, der jede Mitwirkung in der weiteren Behandlung der oberschlesischen Frage abgelehnt hat, weil Amerika den Friedensvertrag nicht unterzeichnet, also auch mit dem Völkerbund nicht zu tun habe, daß das Forum definitiv auf den Völkerbund verschoben ist. Nun sagt der Artikel 11 Abs. 1 aber — und man kann nicht willkürlich diesen Artikel auseinanderreißen —, daß jeder Krieg und jede Bedrohung mit Krieg, mag davon unmittelbar ein Bundesmitglied betroffen werden oder nicht, eine Angelegenheit des ganzen Bundes ist und daß dieser die zum wirksamen Schutz des Völkerfriedens geeigneten Maßnahmen zu ergreifen hat. Der Streitfall ist zweifellos hierher gehörig, das ergibt sich aus der Anrufung des zweiten Absatzes des gleichen Artikels durch die Pariser Konferenz.

Was folgt daraus? Selbst wenn für den gegenwärtigen Moment die Entscheidung des Völkerbundrats die Form des Gutachtens nicht verläßt, doch die Natur des Streits als unter die schließliche Entscheidung des Völkerbunds fallend festgestellt und anerkannt ist. Würde sich irgendein betroffener Staat, sagen wir Polen, der Ausführung der Entscheidung des Völkerbundrats widersetzen und Deutschland an der Durchführung des Entscheids durch Wiederbesetzung des ihm zugesprochenen Oberschlesiens zu hindern suchen, so könnte selbstverständlich der Umweg über eine erneute offizielle Anrufung des Völkerbunds vielleicht nicht vermieden werden. Aber die Entscheidung stände von vornherein fest und ihre Durchführung würde nach Artikel 16 vom gesamten Völkerbund vorgenommen werden müssen. Freilich kann der Völkerbundrat seine Verantwortung auf die Völkerbundversammlung abschieben; wie die Kräfte aber bisher aufmarschiert sind, würde materiell hier sicher nichts geändert werden, wird doch das englische Stimmgewicht in der Versammlung bedeutend verstärkt, da das englische Imperium im Rat zwar nur eine, in der Versammlung aber fünf Stimmen hat.

Die Franzosen möchten gern glauben machen, daß der Gedanke der Anrufung des Völkerbundrats zu einem Gutachten Herrn Briand zu verdanken ist. Ist das der Fall gewesen — ich glaube es nicht —, so sieht man, in welcher äußersten Schwierigkeit sich ein Mann befunden haben muß, welcher einer Maßregel zustimmt, die für die französische Stellung nach dem Versailler Vertrag so überaus schwerwiegende Konsequenzen haben muß. Vermutlich hat aber vielleicht der Hinweis mitgeholfen, daß Frankreich nun schon zum zweitenmal durch ein Geheimabkommen mit Polen den Bundesvertrag verletzt hat und das Gefühl, daß es nicht aus eigener Kraft aus dessen Schlingen sich befreien kann.

Daß der Völkerbund kein vollkommenes Instrument ist, wissen wir alle, und besonders die Institution des Völkerbundrats, die, wie Lansing sagt, weiter nichts ist als ein Instrument, um dauernd die Mittelmächte niederzuhalten, haben wir ja von vornherein bekämpft. Auch in diesem Fall werden die Mängel dieser Einrichtung dadurch besonders klar, daß die Hälfte der Mitglieder des Rates wieder denselben Parteien angehören, die sich in Paris erfolglos gestritten haben, und auch im weiteren Verlauf werden sich noch manche Mängel des Covenants herausstellen.

Soviel ist aber sicher, daß jetzt der Völkerbund auf eine große Probe gestellt wird, ja daß er, so unvollkommen er ist, bereits einen gewaltigen Bruch mit unabsehbaren Folgen mindestens hinausgeschoben und dadurch das Ziel erreicht hat, das die Briandschen Verträge gleichfalls im Auge hatten, nämlich der Welt Zeit zur Ueberlegung zu geben. Die bisherigen Erfahrungen, die Deutschland mit dem Völkerbund gemacht hat, waren wenig erfreulich. Sie haben dem Völkerbundgedanken in unserem Volke viel geschadet; so haben wir auch bisher einen Antrag auf Eintritt nicht gestellt. Ob nicht eine praktische Notwendigkeit für uns vorliegt, das jetzt dennoch zu tun, insbesondere, da die Gefahr einer Ablehnung nach allgemeiner Auffassung und nach unserer vertragstreuen Haltung (der Annahme des Ultimatums) sehr verringert worden ist, wird die Reichsleitung in diesen Tagen zu entscheiden haben.

Ein weitblickendes englisches Urteil über Deutschlands Stellung zum Völkerbund.

Im „Manchester Guardian" veröffentlicht ein guter Kenner Deutschlands, W. H. Dawson, folgenden beachtenswerten Artikel, der wieder einmal zeigt, wie tief Vernunft und Gerechtigkeitsgefühl im englischen Volke wurzeln:

„Welches Interesse", fragt Dawson, „kann Deutschland an dem Völkerbund haben, so lange in ihm die Macht verteilt ist, wie heute? Deutschland kann den Bund nicht kontrollieren von dem Rat, der die vollziehenden Funktionen ausübt, und von den alliierten Mächten, die den Anspruch erheben, nach eigener Willkür zu entscheiden, was der Versailler Vertrag meint und wie er angewandt werden soll, und es ist eine einfache Tatsache, daß bisher beinahe jedes Gesuch einer deutschen Regierung um Nachsicht und beinahe alle ihre Proteste gegen nach ihrer Ansicht unfaire und selbst illegale Auslegung der Vertragsbestimmungen mit kalter Gleichgiltigkeit oder unverhohlenem Hohn behandelt wurden. Deutschland mag gewisse Teile des Vertrages nicht richtig auslegen; aber seine Proteste gegen den schändlichen Mißbrauch, den Frankreich mit seinen Rechten im Saargebiet treibt, sind aufs vollste gerechtfertigt. Ich habe von Wilsons eigenem Munde seine Absichten in dieser Sache, gerade bevor die Saarbestimmungen ihre endgültige Form erhielten, kennen gelernt, und ich muß deshalb gestehen, daß ich aufs äußerste darüber erstaunt bin, daß man Frankreich erlaubt, die deutschen Bewohner dieses deutschen Gebiets zu mißhandeln, wie es es tut.

Es wäre nicht nur gerecht, sondern auch weise gewesen, den deutschen Vorstellungen ein freundliches und sympathisches Gehör zu schenken, weil es die deutsche Regierung und Nation hätte überzeugen können, daß der Völkerbund etwas mehr und etwas Besseres ist, als ein Bund, um einen geschlagenen Feind dauernd zu lähmen und am Boden zu halten. Das ist nicht geschehen."

Die Voraussetzung jedes deutschen Beitrittes zum Völkerbund ist diesem Engländer „eine fundamentale Aenderung in der Haltung der alliierten Mächte ihm gegenüber", und wie die Dinge liegen, ist er überzeugt, „daß die Mehrheit der Deutschen sich lieber die rechte Hand abschneiden würde, als ein Zulassungsgesuch zu unterschreiben", mit welcher Haltung jeder echte Engländer nur sympathisieren könne. Dawson, der das deutsche Volk kennt, glaubt keinen Augenblick, daß es dauernd machtlos sein wird. Im Gegenteil:

„Vielleicht wird die Zeit kommen, wo wir sehen werden, wie die Vertreter der Regierungen, die sich bisher Deutschlands Zulassung zum Völkerbund widersetzten, Deutschland auf den Knien anflehen werden, sich doch anzuschließen und mit ihnen Bruderschaft zu schließen. Noch seltsamere Dinge als das werden geschehen, bevor Europa wieder ruhig ist und die Welt zur Vernunft zurückkehrt. Wir mögen die Tatsache ignorieren, so viel wir wollen, es bleibt doch wahr, daß die Zukunft Europas bei Deutschland und Rußland liegt und nicht bei Frankreich und dem sogenannten polnischen Staat, der sich durch Nachäffung der militaristischen Ambitionen seines Alliierten schon hoffnungslos ruiniert hat. Und nicht nur das, sondern Deutschland und Rußland werden unfehlbar zusammenwirken; denn abgesehen von gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen, gibt es nun zwischen ihnen das Band gleichen Unglücks."

Der Reichshaushalt 1921.

Der zunächst nur in vereinfachter Form aufgestellte Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 ist durch Gesetz vom 26. März 1921 festgestellt worden. Er schließt im ordentlichen Haushalt ab in Einnahme mit 46 945 Millionen Mark, in Ausgabe mit 46 945 Millionen Mark. Durch dem Reichstag zur Beschlußfassung vorliegende Nachträge zum Reichshaushaltsplan für 1921 werden sich diese Zahlen erhöhen bei den Einnahmen um 1514 Millionen Mark und bei den Ausgaben ebenfalls um 1514 Millionen Mark. Der ordentliche Haushalt wird demgemäß in Einnahme und Ausgabe mit 48 459 Millionen Mark abschließen. Zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben fehlen an ordentlichen Einnahmen 4350 Millionen Mark, die, soweit sie nicht durch Mehrerträge der Abgaben vom Personen- und Güterverkehr infolge Erhöhung der Eisenbahntarifsätze aufkommen werden, durch Erhöhung der Sätze bestehender Steuern sowie durch neue Steuern aufgebracht werden sollen. Der Betrag ist zunächst summarisch in den Haushalt für 1921 eingestellt worden, und zwar in den bereits verabschiedeten Haushalt für 1921 mit 3220 Millionen und in den Nachtrag hierzu mit 1030 Millionen Mark. Im übrigen finden die Ausgaben des ordentlichen Haushalts in den ordentlichen Einnahmen Deckung.

Im außerordentlichen Haushalt sind an Ausgaben vorgesehen: In dem bereits verabschiedeten Haushalt 1921 zusammen 59 680 Millionen Mark. Hiervon werden durch außerordentliche Einnahmen gedeckt 10 500 Millionen. Es sind mithin ungedeckt 49 180 Millionen. Diese sind durch Anleihen zu beschaffen und sind deshalb bei den Einnahmen des außerordentlichen Haushalts in Einnahme gestellt worden, und zwar in dem bereits verabschiedeten Haushalt für 1921 mit 33 110 Millionen Mark und in dem Nachtrag hierzu mit 16 070 Millionen Mark.

Die Fehlbeträge der Post und der Eisenbahn werden aber aus außerordentlichen Deckungsmitteln der allgemeinen Reichsverwaltung gedeckt. Sie erscheinen demgemäß beim außerordentlichen Haushalt in Ausgabe und sind in dem oben genannten Betrag von 59 680 Millionen Mark mit enthalten. Für 1921 sind die Fehlbeträge veranschlagt: Für die Reichspost- und Telegraphenverwaltung zusammen 4515 Millionen Mark, für die Reichseisenbahnverwaltung 14 368 Millionen Mark. Insgesamt erfordern die Post und Eisenbahn an Reichszuschüssen zusammen 18 883 Millionen Mark.

Insgesamt sind die Reichsausgaben für 1921 ausschließlich der Bruttoausgaben der Betriebsverwaltung, aber einschließlich der Fehlbeträge, folgendermaßen veranschlagt: Im ordentlichen Haushalt auf 48 459 Millionen, im außerordentlichen Haushalt auf 59 680 Millionen, zusammen 108 139 Millionen Mark. Dem stehen an Einnahmen gegenüber: Im ordentlichen Haushalt 48 459 Millionen, im außerordentlichen Haushalt 10 500 Millionen, zusammen 58 959 Millionen Mark. Es sind mithin ungedeckt 49 180 Millionen.

Für die Reparation sind im ordentlichen Haushalt Einnahmen oder Ausgaben bisher nicht vorgesehen. Im ordentlichen Haushalt sind für diesen Zweck zusammen 14,6 Milliarden Mark veranschlagt. Sollen die Reparationsausgaben, wie es für eine geordnete Finanzwirtschaft unbedingt gefordert werden muß, auf den ordentlichen Haushalt übernommen werden, so müssen die ordentlichen Einnahmen um ihren vollen Betrag erhöht werden. Außer den in den Haushalt für 1921 eingestellten 4,250 Milliarden Mark aus neuen Steuern usw. wären dann durch ordentliche Einnahmen noch aufzubringen: Die feste Annuität von 2 Milliarden Goldmark und die 26 v. H. von der Ausfuhr, die nach der bisher ermittelten Ausfuhrziffer von 1920 mit etwa 1,3 Milliarden Goldmark anzunehmen ist, im ganzen also 3,3 Milliarden Goldmark, die je nach dem Kursstande der Mark in Papiermark umzurechnen sind. Hierzu treten schließlich noch die Besatzungskosten, deren Höhe noch nicht endgültig feststeht. Für 1921 sind sie auf rund 8,5 Milliarden Mark veranschlagt und in den außerordentlichen Haushalt eingestellt.

Die Reichsschuld betrug am 30. September 1920 in Reichsschuldverschreibungen 72 398 Millionen Mark, in verzinslichen Schatzanweisungen 9874 Millionen Mark, in Prämienanleihen 3625 Millionen Mark, zusammen 85 809 Millionen Mark. Sie hat sich in der Zeit vom 30. September 1920 bis 31. Mai 1921 durch Rückübernahme von Schuldverschreibungen um 7554 Millionen Mark verringert. Mithin betrug die fundierte Schuld am 31. Mai 1921 78 345 Millionen Mark. Die schwebende Schuld belief sich am 31. Mai 1921 auf 199 134 Millionen Mark. Hierzu treten an sonstigen Zahlungsverpflichtungen des Reiches (aus Anlaß des Ueberganges der Eisenbahnen auf das Reich) 44 955 Millionen Mark. An Anleihebewilligungen standen am 31. Mai 1921 noch offen 8017 Millionen Mark. Durch den Nachtragshaushalt 1921 werden an neuen Anleihebewilligungen noch gefordert 16 070 Millionen Mark. Hierzu tritt schließlich noch die Reparationsschuld des Reiches, die in dem Ultimatum auf 132 Milliarden Mark festgesetzt ist. (Die der Reparationskommission auf Grund des Gesetzes vom 31. August 1919 ausgehändigten Schatzanweisungen über 60 000 Millionen Mark werden hierdurch hinfällig!)

Eine Mahnung an die Landwirte.

Durch das Wolffsbüro wird von Berlin aus mitgeteilt: Das Verständnis für die Notwendigkeit, die für das Wirtschaftsjahr 1921/22 auferlegte Getreideumlage nach besten Kräften zu erfüllen, gewinnt in der Landwirtschaft, dank dem Wirklichkeitssinn eines großen Teils der Landwirtschaft und der einmütigen Entschließung der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen, sich nach Erlaß des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide auf den Boden des Gesetzes zu stellen und auf baldige Erfüllung der Umlagepflicht hinzuwirken, immer mehr Verbreitung. Die Ablieferungen auf die Umlage weisen daher, wie wir von dem Reichsernährungsministerium hören, in vielen Gebieten bereits erfreuliche Ergebnisse auf. In andern Gebieten kommt jedoch die Ablieferung, auch wenn berücksichtigt wird, daß dort die Ernte zum Teil später beginnt, nur langsam in Gang. Es kann daher nicht genug betont werden, wie sehr es gerade im Interesse der Landwirte selbst liegt, ihre Umlage so schnell wie möglich zu erfüllen, da sie dann für den Rest des Wirtschaftsjahres in der Verfügung über den übrigen Teil ihrer Ernte völlig frei werden. Nach dem Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni fallen mit der Erfüllung der Umlage für den Landwirt mit Ausnahme des Verfütterungsverbots für Brotgetreide alle Beschränkungen in seiner Wirtschaftsführung für Getreide fort. Es sollte daher jeder Landwirt dieses Ziel der völligen Befreiung von behördlicher Einwirkung und Ueberwachung möglichst schnell durch Ablieferung seines Umlagegetreides zu erreichen suchen und sich insbesondere auch nicht durch die augenblicklich hohen, für Weizen ungesund hohen Preise auf dem freien Markte verleiten lassen, etwa zuviel Getreide auf den Markt zu werfen und dadurch die Möglichkeit, seine Umlage zu erfüllen, zu gefährden. Die Haftung, die ihn in diesem Falle trifft, und die nach dem Gesetze unnachsichtlich in Anspruch genommen wird, würde nicht nur für ihn alle jetzt auf dem freien Markt erzielten Gewinne verschlingen, sondern darüber hinaus noch einen erheblichen geldlichen Verlust bedeuten.

Ein Beispiel möge dies erläutern; der Landwirt wird heute für den Zentner Weizen vielleicht noch einen Preis von 225 Mark erzielen und zur Zeit des höchsten Standes etwa 245 Mark erzielt haben. Das macht für die Tonne 4500 Mark, bezw. höchstens 4900 Mark und bedeutet gegenüber dem Preise für Umlagegetreide mit 2300 Mark je Tonne zwar eine augenblickliche Mehreinnahme von 2200 Mark bezw. 2700 Mark. Nach dem Gesetz hat der Landwirt aber, wenn er die Umlage nicht erfüllt, den Unterschied zwischen dem Umlagepreis für Weizen und dem Preise für ausländischen Weizen zuzüglich eines Zuschlags von einem Viertel dieses Unterschiedes als Haftsumme zu zahlen. Dieser Unterschied berechnet sich, wenn man die gegenwärtigen Preise von etwa 4750 Mark für die Tonne ausländischen Weizen einsetzt, auf 2350 Mark und mit dem Zuschlag von 25

Lore Werneburg.

Roman von Hedwig von Putkamer.

(Nachdruck verboten.)

6. Fortsetzung.

Während sie behaglich schlendernd bergan schritten, fragte Liedenfeld von neuem:

„Waren Ihre kleinen Freundinnen in der Pension denn auch so unbändig, wie Sie sich selber schildern?"

Lore zuckte die Achseln.

„Ich habe nie Pensionsfreundinnen gehabt. Die dummen Dinger, die gleich dunkelrot wurden, sowie ein Lehrer mal freundlich mit einer sprach, die vor einer Maus und vor einer Kuh in dasselbe Angstgeschrei ausbrachen und bloß an ihre Hüte und Kleider dachten — nee", sie schüttelte sich ordentlich, „das war im Leben nichts für mich. Ich hätte mit lauter Jungen zusammen in die Schule gehen sollen, das wäre fein gewesen."

„Ich denke, alle Männer sind überhaupt ekelhaft!" neckte der Leutnant wieder.

„Ach, Unsinn: Jungens sind doch keine Männer, das ist ja ganz was anderes — — und so habe ich das überhaupt nicht gemeint." Lore wurde verlegen.

„Also sind wir doch noch nicht ganz in Gnaden gefallen?" lachte er und suchte ihren Blick.

„Im Gegenteil", versicherte sie, „ich unterhalte mich lieber mit Herren, deshalb hatte ich mich ja so auf das Nachhausekommen gefreut. Ich dachte, das würde ein riesig fideles Leben werden, mit Reiten — und Tennis — und Schwimmen!"

„Gott, was wollte ich mit all den Hunden und Pferden für einen Jubel loslassen: Aber da — —", ihr Gesichtchen nahm einen tiefernsten Ausdruck an, „da starb Papa: So plötzlich, so schrecklich: Und als ich dann wirklich endlich nach Hause durfte, da war alles so still, so tot, so fürchterlich leer!"

„Aber gerade in dieser stillen Zeit hätten Sie doch gewiß Ihrer Mutter so recht innig nahetreten können?" Erich sprach teilnahmsvoll, und doch glaubte Lore etwas wie einen leisen Vorwurf herauszuhören. Ihre Antwort klang ein wenig trotzig:

„Ich kann mich nicht immer und immer beherrschen! Sie sagen ja selber, Mama ist ‚gedämpft' in ihrem Wesen, na gut, ich bin es eben nicht. Was ich fühle, das fühle ich stark und dem muß ich folgen, ob ich will oder nicht! Sie ist wie Wasser, und ich bin wie Feuer — — die waren noch nie gut Freund miteinander."

„Ja, aber — —", der junge Mann schüttelte den Kopf, ein solches Verhältnis zwischen Mutter und Tochter schien ihm, der in kindlichster Verehrung an der eigenen Mutter hing, schier undenkbar. Lore fühlte seine Mißbilligung und fuhr hastig fort:

„Aeußerlich stehen wir uns ja sehr gut: Ich glaube, Mama hält mich noch immer für viel zu kindisch, sie traut mir ernste Ueberlegung gar nicht zu, darum denkt sie, ich bin ganz gedankenlos glücklich. Das bin ich ja eigentlich auch wirklich, bin es überall da, wo ich mich keinem Zwang fügen muß. Wenn sie mich frei läßt, habe ich sie lieb — — aber wer mich zwingen will, den hasse ich."

Erich von Liedenfeld lauschte ernsthaft diesem Bekenntnis eines jugendlichen Egoismus. Er verhehlte sich nicht, daß sich in dem Charakter des jungen Mädchens brüchige Stellen offenbart hatten, die leicht zu einer Gefahr für ihr ferneres Leben werden konnten. Sie spürte mit seinem Gefühl, daß sie sich vielleicht von seiner Sympathie etwas durch ihre Offenheit verscherzt hatte; mit einer weichen Scheu im Blick und Benehmen, die ihr von neuem das Herz ihres jungen Gefährten eroberte, fragte sie leise:

„So, nun bin ich wohl ganz drunter durch, weil ich so offen war? Bin ich nicht ein ganz schlechtes Geschöpf?"

Er beugte sich vor und sah ihr tief in die feuchtschimmernden, wunderschönen Augen, dann entgegnete er ernst:

„Nein, nicht schlecht, Fräulein Lore: Aber Sie werden im Leben noch mancherlei Kämpfe mit sich auszufechten haben: So frei, wie Sie meinen, ist niemand. Einzig das Gesetz macht frei, das uns der eigene Wille vorschreibt. Das werden Sie erst später ganz begreifen. Für heute", er nahm ihre Hand, küßte sie und behielt sie beim Weitergehen wie die eines Kindes fest in der seinen, „für heute wollen wir mit den ernsten Gesprächen aufhören, sonst vergessen wir am Ende noch, daß wir auf Capri sind — auf unserem geliebten Capri, Fräulein Lore."

„Ach ja, jetzt denken wir nur noch an Sonne und Blumen — — und an Kaffeekuchen. Ja, habe schon wieder Hunger."

Froh, daß der Schatten getilgt war, der sich zwischen sie und ihren neuen Freund drängen zu wollen schien, schlenkerte sie seine Hand hin und her, und lachend über ihren prosaischen Ausruf wanderten sie plaudernd weiter.

3. Kapitel.

Von nun an waren sie jeden Tag zusammen. Sie hatten ein Signal verabredet, und oft stand Erich schon in aller Frühe unter Lores Fenster, solange pfeifend, bis sich oben, hinter den weißen Mullvorhängen etwas bewegte, bis ein blonder, zerzauster Kopf durch einen Spalt lugte und ihm ein fröhliches „Ich komme bald!" herunterschallte.

Dann setzte er sich an den Frühstückstisch, der für sie immer in der kleinen Galerie, nach dem Garten zu, gedeckt wurde, und wartete. Dabei flogen ihm allerlei verliebte Zukunftsgedanken durch den Kopf, aber wenn Lore dann kam, verriet er nichts von seinem heimlichen Hoffen. Er wollte ihre zutrauliche Unbefangenheit nicht stören und glaubte auch im Sinne ihrer Mutter zu handeln, die seinen täglichen Verkehr mit ihrer Tochter so gern gestattete, weil sie sah, daß er durch seine Zurückhaltung ihr Vertrauen voll und ganz verdiente.

„Schön wie eine rosenfingerige Eos. Guten Morgen, Fräulein Lore!" begrüßte er, aufstehend, das junge Mädchen, das eiligen Schrittes auf ihn zutrat.

„Guten Morgen!" lachte sie zurück; „lassen Sie man die Süßholzraspeler bleiben, die steht Ihnen nicht. Wir müssen heute beraten, wie wir unsere Bootfahrt, möglich machen können."

Dann setzte sie sich ebenfalls an den Tisch, auf dem ihr besonderer Freund, der Kellner Luigi, bereits das Frühstück zurechtgestellt hatte. Lore machte die Wirtin, versorgte den Kameraden und vergaß sich selber nicht, immerfort schwatzend und plaudernd, während Liedenfeld in ruhiger Behaglichkeit seinen Tee trank und nicht viel sagte.

„Ich denke mir die Sache also folgendermaßen", erklärte sie eifrig. „Wir fahren an der Marina Grande ab, werfen einen Blick in die blaue Grotte, dann geht's immer weiter, rund um die Insel herum, an der Piccola vorbei und in der großen Tiberiusgrotte frühstücken wir."

„Aber der Kostenpunkt?" warf Liedenfeld ein; „ich habe nicht mehr viel übrig und kann doch nicht mit ganz leerem Säckel nach Hause kommen."

„Ja, das ist schwierig." Lore seufzte, trank ihren Tee aus und lehnte sich in den bequemen Korbstuhl zurück; „Mama will nämlich auch nichts herausrücken, weil sie es unpassend findet, wenn wir beide allein einen ganzen Tag zusammen dort sind." Sie lachte. „Nun möchte ich bloß wissen, was dabei unpassend sein soll?"

Erich stimmte nicht in ihr Lachen ein, sondern ließ den Blick nachdenklich auf seinem reizenden Gegenüber ruhen. Schade, daß sie solch ungestörtes Zusammensein mit ihm gar nicht als gefährlich empfand. Ihm wäre es lieber gewesen, wenn sie errötend davor gebangt hätte. Jedoch, das half nun mal nichts; er mußte eben erst ganz allmählich ihre schwesterliche Zuneigung in bräutliche Liebe umzuwandeln versuchen.

Lore nahm sein Schweigen für Mangel an Interesse an der ihr so wichtigen Angelegenheit, sie schalt ihn:

„Herr des Himmels, was haben Sie schon frühmorgens für einen gesegneten Appetit. Sitzt da und ißt und sagt gar nichts. Und ich zerbreche mir den Kopf, wie wir unseren Willen durchsetzen können. Sehe ich nicht schon ganz elend aus von dem vielen Nachdenken?"

Erich lachte sie mit liebenswürdigem Spott an, bewegte den erhobenen Zeigefinger der rechten Hand hin und her, das italienische Zeichen der Verneinung, und machte dazu nur kopfschüttelnd: „Hm — hm!" Er hatte gerade einen Bissen in den Mund gesteckt. Lore äffte ihm nach:

„Hm! Hm! Na, wenn Sie nur satt werden, ich will ja gern Not leiden. Was rede ich noch lange mit Ihnen, so'n Mann hat ja doch keine praktischen Ideen im Kopf, noch dazu so früh am Tage." Resigniert rückte sie ihren Stuhl etwas zurück und blickte in die Blütenpracht des kleinen Gartens hinaus.

Jetzt war Erich auch fertig, legte die Serviette auf den Tisch und zündete sich eine Zigarette an. Dann stand er gemächlich auf, ging in das Gärtchen und pflückte zwei wundervolle dunkelrote Rosen, die er in des Mädchens Schoß legte.

„Sehen Sie, so sammle ich feurige Rosen auf Ihren kleinen Kribbelkopf", sagte er dabei lächelnd, und blieb vor ihr stehen, mit gut gespielter Schwere im Ausdruck setzte er dann hinzu: „Ein Mann redet nicht viel hin und her — er denkt in aller Stille und dann handelt er — — ich habe gedacht, nun jetzt werden wir beide handeln; kommen Sie mit?"

Lore steckte das Näschen in die herrlichen Blüten, befestigte sie an ihrem Gürtel und sprang auf:

„Natürlich! Wohin?"

„Zu Peppino, Ihrem Freund und Gönner, der Krone aller Barkenführer von ganz Capri."

„Oh, famos!" rief Lore, „der muß die Sache überhaupt in die Hand nehmen."

(Forts. folgt.)

M 8 auf etwa 2940 Mark. Der Landwirt erleidet hiernach einen Verlust von 340 Mark bezw. 740 Mark je Tonne nicht abgelieferten Umlagegetreide, ein Verlust, der sich bei weiterm Rückgang der Preise für einheimisches Getreide oder bei Steigen der Weltmarktpreise oder Verschlechterung der deutschen Währung bis zur Fälligkeit der ersten Umlagerate im Oktober 1921 entsprechend erhöht. Abgesehen von dem eigenen Interesse, das hiernach der Landwirt an der restlosen Erfüllung der Umlagepflicht hat, ist es auch eine vaterländische Pflicht der Landwirtschaft, das Reich durch Ablieferung einheimischen Getreides vor der Notwendigkeit zu bewahren, aus dem Auslande noch mehr Getreide einzuführen und hierfür noch mehr fremde Zahlungsmittel zu beschaffen.

Die Friedensverhandlungen zwischen England und Irland.

Das Sinnfeinerparlament hielt gestern in Dublin eine geheime Sitzung ab, um die Antwort auf das britische Angebot, Irland alle Rechte eines Dominions innerhalb des Reiches zu gewähren, zu beschließen. In Dublin ist man nicht geneigt, zu glauben, daß die Verhandlungen von einem plötzlichen Abbruch bedroht werden. „Pall Mall" und „Globe" zufolge wurde gestern nachmittag in amtlichen Kreisen in London die irische Lage optimistisch beurteilt. Man glaubt, daß die Friedensverhandlungen mit Irland nach dem Empfang der Antwort des Sinnfeinerparlaments nicht nur weitergehen werden, sondern daß sie sich auf einer Linie bewegen, die den Waffenstillstand nicht gefährdet. Das englische Kabinett hielt gestern vormittag unter dem Vorsitz Lloyd Georges eine Sitzung ab, in der die irische Frage erwogen wurde. „Evening Standard" erfährt, daß die Regierung nicht beabsichtige, den Waffenstillstand abzubrechen, falls die Verhandlungen erfolglos bleiben. Wenn die Sinnfeiner Gewalttätigkeiten begehen sollten, so werde die Regierung die verantwortlichen Sinnfeiner ersuchen, diese Gewalttätigkeiten zu unterdrücken. Wenn eine militärische Aktion nötig werde, so werde sie in bisher nie dagewesenem Maße durchgeführt werden und von einer strengen Blockade zur See begleitet sein.

Das britische Kriegsministerium hat die Richtigkeit der Behauptung, daß Truppen bereitgestellt werden, um baldmöglichst nach Irland geschickt werden zu können, anerkannt. Wie verlautet, besteht der Plan, über ganz Südirland den Belagerungszustand zu erklären, falls die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden.

Eine neue Rede des irischen Präsidenten.

Der Dail Eiran kam in Dublin nochmals zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. Der Andrang in den Straßen war wieder gerade so groß wie am ersten Tage. Aber die Soldaten der republikanischen Armee hielten die Ordnung vollkommen aufrecht. Gleich nach Beginn der Sitzung erhob sich Devalera und sagte: Wir haben von den Bedingungen gesprochen, die England uns gestellt hat. Die Berichte, welche in der englischen und in der ausländischen Presse erschienen sind, lassen es zweifelhaft erscheinen, was ich hier gesagt habe. Ich werde dafür sorgen, daß kein Zweifel weiter darüber bestehen kann und darum erkläre ich hier klar und deutlich: „Wir können und wir wollen die von dem britischen Kabinett uns gemachten Vorschläge nicht annehmen." Diese Worte wurden mit langem und lautem Beifall begrüßt. „Das irische Volk," so fuhr Devalera fort, „wird sich dieses Mal nicht zum Narren halten lassen. Es wird behauptet, daß Irland dieselben Rechte angeboten wurden wie den Dominions. Das ist nicht wahr. Die Phrase von der Dominions-Homerule enthält zwei grobe Unrichtigkeiten. Erstens ist das, was uns angeboten wird, nicht dasselbe, was die Dominions besitzen, und zweitens werden diese Vorschläge nicht an ganz Irland gemacht, da es kein einheitliches Irland mehr gibt, sondern nur zwei zerbrochene Stücke, wenigstens für den Augenblick." Auch könne, so führte der Präsident weiter aus, schon der geographischen Lage wegen keine Rede von Dominions-Homerule sein. Australien, Südafrika usw. seien nicht direkte Nachbarn Englands. Der allmächtige Gott habe ein einiges Irland neben England gesetzt, und dieses Irland wünsche gute Freundschaft mit England zu halten, und wenn England weise sei, so würde es dasselbe tun. Irland habe nicht die Absicht, Feindschaft mit England zu halten oder die englischen Interessen in irgend einer Weise zu schädigen, schon seiner geographischen Lage wegen nicht. Die einzige Feindschaft, die Irland habe, sei die gegen die britische Regierung, welche das irische Volk hasse und mit welcher es sich niemals vereinigen würde. Man sei bereit, für Irland zu kämpfen bis zum letzten Mann und bis zum letzten Tropfen Blut. Die irische Regierung würde sich nicht scheuen, so viele Mannschaften in das Feuer zu schicken, wie notwendig seien, um das Ziel zu erreichen, welches das irische Volk nachgestrebt sei und weiter nachstreben werde."

Deutschland muß seinen Platz wieder einnehmen.

In der Debatte, die sich an die Rede Lloyd Georges im Unterhause über die Außenpolitik Englands schloß, führte Oberst-Moore-Brabazon aus, daß man in England aufhören solle, Deutschland als Feind anzusehen. Deutschland sei jetzt der frühere Feind und müßte seinen Platz als eins der größten Länder Europas wieder einnehmen. Asquith führte aus, er sympathisiere mit den Befürchtungen, die Frankreich gegenüber Deutschland hege, aber es lägen zwei große Gründe dafür vor, daß ein aggressives Vorgehen von Seiten Deutschlands ausgeschlossen sei. Die Ueberweisung der oberschlesischen Frage an den Völkerbundsrat begrüßte Asquith auf das allerwärmste und bedauerte, daß diese nicht früher erfolgt sei. Die Ueberweisung sei ein Beweis, daß die Mächte von ganzem Herzen den Völkerbund stützen.

Ein Leibertag in München.

Zum Gedenken der 3000 Toten des ehemaligen Infanterie-Leibregiments wurde hier ein Leibertag veranstaltet, der neben der Ehrung der Toten der Erneuerung treuer Kameradschaft galt. Zum Festakt waren nicht nur der Ministerpräsident und die höheren Offiziere, die jemals mit dem Leibregiment in Verbindung gestanden haben, sondern auch viele Mitglieder des Königshauses erschienen, darunter Kronprinz Rupprecht, die Prinzen Alfons, Leopold und Ludwig Ferdinand sowie die Prinzessinnen Leopold, Alfons und Arnulf, die Mutter des als stellvertretenden Regimentskommandeurs in Rumänien gefallenen Prinzen Heinrich. Ein Telegramm des Königs Ludwig besagt: „Am Tage von Badonviller gedenkt der König mit besonderer Dankbarkeit der unvergleichlichen Waffenleistungen des Regiments, läßt er alle ehemaligen Angehörigen des Königlich Bayrischen Infanterie-Leibregiments herzlich grüßen." Ueberaus herzlich sind die Telegramme Hindenburgs und Mackensens, welcher der vom Infanterie-Leibregiment in Serbien und Rumänien als allzeit siegreichem Alpenkorps bewiesenen Kriegstüchtigkeit und Tapferkeit ein unauslöschliches Andenken bewahren will. Der letzte Kommandeur, Oberst v. Epp, der das Regiment beim Schluß des Krieges durch Ungarn in die Heimat zurückgeführt hat, hielt eine Rede, worin er sagte: „Wir ehemaligen Leiber beklagen nicht nur die Auflösung des Regiments, das war eine Teilerscheinung. Wir beklagen vor allem die Auflösung unsrer Wehrmacht, eine Zumutung, die man bis dahin keinem Negerstaat zu bieten gewagt hatte. Nichts zeigt besser, wie wir geschätzt werden in der Welt. Nicht aufgelöst ist aber der Zusammenhang derer, die im Regiment gestanden haben. Unsere Not begann, als die Feigheit die Herrschaft bekam. Feigheit und Habgier sind unser Elend. Darum müssen wir, die das Schicksal in die Heimat entlassen hat, ihn hochhalten, den alten Leibergeist. Treu wollen wir sein und tapfer schaffen. Ein anderer Redner, Major v. Teschmann, nahm Bezug auf die bei der Verfassungsfeier vom Reichskanzler ergangene Aufforderung, sich auf den Boden der Verfassung zu stellen, und übte an dieser Aufforderung folgende Kritik „Wenn jene Aufforderung so gemeint war, wir wollten in der Notverfassung von Weimar den Ausdruck unsrer eignen Rechtsüberzeugung anerkennen und sollten ihr zuliebe fallen lassen, was uns als das alte gute Recht unsers engern und weitern Vaterlandes lebenslang heilig war, dann müssen wir diese Aufforderung als unmöglich und unsittlich ablehnen. Im übrigen überlassen wir die Frage der Staatsform der — Gott gebe es — friedlichen Weiterentwicklung der Dinge auf dem Grunde der Notverfassungen, die alles tragen, was wir an Ordnung und Recht noch haben oder wieder haben und die wir die letzten sein werden in Frage zu stellen, vielmehr die ersten, die sich zu ihrem Schutz und ihrer Erhaltung einsetzen."

Unnachsichtliches Vorgehen gegen Bestechungen.

Der Reichsverkehrsminister hat folgendes Schreiben an den Verein gegen das Bestechungsunwesen und die Handelskammern gerichtet. Die schädliche Wirkung der Nachkriegszeit löste die bekannten Erscheinungen moralischen Niederganges nicht zuletzt im geschäftlichen Leben der verschiedensten Volkskreise aus und ließ auch das Beamtentum nicht verschont. Soweit der Bereich der Reichseisenbahn in Frage kommt, ist es den angestrengten Bemühungen der Verwaltung nach Wiederherstellung der alten Zuverlässigkeit und Unantastbarkeit ihres Beamtenkörpers gelungen, wesentliche Fortschritte zu erzielen. Die Beamtenverbände unterstützen diese Bestrebungen auf innere Wiedergesundung in anerkennenswertester Weise. Leider wird ihnen von gewissen Firmen entgegengearbeitet, die sich nicht scheuen, an die Beamten mit mehr oder weniger verhüllten Bestechungsangeboten heranzutreten. Es handelt sich hierbei insbesondere um Beamte, denen die Beschaffung, Uebernahme und Verwaltung von Stoffen aller Arten oder die bauliche Unterhaltung von Anlagen übertragen ist. Ich werde gegen derartige Machenschaften künftig mit allen Mitteln vorgehen und behalte mir vor, die Namen dieser Firmen öffentlich bekanntzugeben und strafrechtliche Verfolgung eintreten zu lassen. Ferner werde ich dafür sorgen, daß solchen Firmen die Lieferungen und Leistungen für die Eisenbahnverwaltung künftig entzogen werden, ebenso wird eine künftige Entziehung etwa laufender Aufträge erwogen. Andererseits werde ich auch Schädlinge innerhalb des Beamtenkörpers unnachsichtig beseitigen.

Die Heilfürsorge in der Angestelltenversicherung.

Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte betrachtet es, wie sie mitteilt, seit ihrem Bestehen als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, die Gesundheit und Arbeitskraft ihrer Versicherten zu erhalten durch vorbeugende Fürsorge, und wendet dafür außerordentlich hohe Summen auf. 1919 hat sie annähernd 20 Millionen Mark, 1920 annähernd 45 Millionen Mark für die Heilfürsorge ausgegeben. Im laufenden Jahre sind die Kosten für die Heilfürsorge wiederum bedeutend gestiegen; sie werden sich schätzungsweise auf vielleicht 75 Millionen Mark belaufen. Die Kosten einer einzigen Kur in einer Lungenheilstätte, einem Sanatorium oder einem Bad betragen in der Regel ein Mehrfaches der für den einzelnen Versicherten eingezahlten Beträge, und zwar im Jahre 1920 schon durchschnittlich 2578, 1440 und 1332 Mark. Im zweiten Halbjahr 1920 wurden 290 Heilverfahren durchgeführt, die mehr als je 4000 Mark Kosten erforderten. Außerdem wurden in 89 Fällen über 5000 Mark, in 26 Fällen über 6000 Mark, in neun Fällen über 7000 Mark und in zwei Fällen über 8000 Mark verausgabt. Fast alle diese Heilverfahren sind wegen Erkrankung an Lungentuberkulose durchgeführt worden. Es steht wohl außer Frage, daß nur wenige Versicherte angesichts dieser hohen Kosten heutzutage aus eignen Mitteln in der Lage wären, einen vier- bis achtwöchigen und längern Aufenthalt in einer Heilanstalt oder einem Bade zu bestreiten, um sich und ihren Familien ihre Arbeitskraft zu erhalten. Von den auf Grund einer Lebensversicherung von der eignen Beitragsleistung befreiten Angestellten muß die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte die Hälfte der Kosten als Zuschuß fordern, da sie gesetzlich nur Anspruch auf die halben Leistungen haben und billigerweise im Heilverfahren nicht auf Kosten der Vollversicherten günstigere Leistungen erwarten dürfen.

Französische Häuserbeschlagnahmungen.

Aus Kehl wird berichtet: Die Franzosen fahren fort, für die Offiziere der Besatzungstruppen ganze Häuser zu beschlagnahmen und die Besitzer auf die Straße zu setzen. Hauptsächlich die neu erbauten Landhäuser am Rhein sind der Beschlagnahme ausgesetzt. Darunter befinden sich Villen im Besitze von Kehler Industriellen, die zahlreiche Arbeiter beschäftigen. Wie es heißt, besteht bei der herrschenden Wohnungsnot die Gefahr, daß diese Arbeitgeber gezwungen werden, mangels passender Unterkunft Kehl zu verlassen, ihre Betriebe zu schließen und die Arbeiter zu entlassen. Wie Deutschland seine finanziellen Verpflichtungen erfüllen soll, wenn deutsche Fabriken auch noch durch solche widerrechtlichen Eingriffe zugrunde gerichtet werden, das dürfte für vernünftige Menschen rätselhaft sein.

In Zweibrücken sind für 5 Millionen Mark Offizierswohnungen gebaut worden. Trotzdem die Baupläne die Genehmigung der Besatzungsbehörden erhielten, fanden sie doch nicht den Beifall der Herren Offiziere. Oberst Allard lehnte die ihm zugewiesene Wohnung ab, verlangte ein Bürgerquartier und setzte den Rektor Oppenheimer an die Luft, und bezog dessen Räume. In gleicher Weise sorgt der deutschfeindliche Offizier für seine Untergebenen. — Das Badeörtchen Ems ist in letzter Zeit mit so vielen Besatzungstruppen, insbesondere aber auch mit einer großen Anzahl auswärts beschäftigter Besatzungsoffiziere belegt worden, daß durch die große Wohnungsnot das Kurgewerbe, auf welches die Stadt angewiesen ist, vollständig lahmgelegt ist. Durch Beschlagnahme der größten Hotels sind hunderte von Hotelangestellten brotlos geworden. Die Stadt könnte sich nur durch Wohnungsbau helfen, was aber ohne besondere Zuschüsse des Reiches unmöglich ist.

Kleine Nachrichten.

Im weiteren Verlauf der Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern wurden gestern die Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Hergt, Westarp und Prof. Hötzsch von Dr. Wirth empfangen. Auch der Inhalt der gestrigen Besprechungen betrifft, wie an den Vortagen, die allgemeine innen- und außenpolitische Lage.

Kommerzienrat Dr. Lanz, der seit Jahren an der Spitze der Weltfirma Heinrich Lanz-Mannheim stand, ist gestern nach längerer Krankheit gestorben.

Bei der Berliner Staatsanwaltschaft hat eine Anzahl von Personen aus Dresden gegen den zusammengebrochenen Sportkonzern Köhn Strafanzeige wegen Betruges erstattet. Die Staatsanwaltschaft hat darauf ein Ermittelungsverfahren eingeleitet. Die Summe, um die sich die Anzeigenden geschädigt fühlen, beläuft sich auf rund 1 Million Mark.

Wie das „Berl. Tagebl." hört, haben Verhandlungen zwischen deutschen und italienischen Regierungsvertretern zur Abfassung eines Handelsabkommenentwurfes geführt. Der Entwurf, der noch keine endgültige Formulierung erhalten hat, liegt zur Zeit dem italienischen Ministerium des Aeußern zur Begutachtung und Beschlußfassung vor.

In Flensburg ist der in Hamburg auf der Werft der Schiffsbaugesellschaft für die Reederei Hugo Stinnes erbaute Dampfer „Havenstein" eingetroffen. Die Reederei stellt hiermit ihren vierten Dampfer von 12000 Tonnen in den Dienst der Linie Hamburg—Brasilien—Argentinien.

Auf der Randstaatenkonferenz in Helsingfors ist ein Geheimabkommen zwischen Polen und den anderen an der Konferenz beteiligten Staaten abgeschlossen worden. Danach müssen die Randstaaten Polen Hilfe leisten, wenn es von Rußland angegriffen wird.

Nach dem amtlichen Heeresbericht vom 15. 8. rückte die griechische Armee weiter vor und besetzte nach kurzem Widerstand des Feindes die Linie Kiloz-Bullu-Sarikioi-Tsantirikia (am Sekarjasflusse), Kessili 100 Kilometer östlich von Eskischehir. Simrihissar weiter südlich dieser Linie.

Ein neuer Aufstand macht sich in Marokko bemerkbar, und zwar beim Stamm Hezand. Eine Schwadron Kavallerie ist abgegangen, um die Aufständischen zu entwaffnen. Die Operation ging ohne Zwischenfall vor sich.

Vier englische Handelsschiffe mit Kriegsmaterial an Bord sind im Hafen von Melilla eingetroffen.

Der Zeitung „Politiken" zufolge wird aus Riga telegraphiert: Die Verhandlungen zwischen Amerika und Sowjetrußland seien eingestellt worden. Die Gründe hierfür werden streng geheim gehalten.

Tagesereignisse.

— **(Unerhörte Getreideschiebungen nach Frankreich.)** In Bebra ist man einer großen Getreideschiebung in das Ausland auf die Spur gekommen. Man fand in sechs verdächtigen Eisenbahnwaggons, deren Deklaration auf Stroh lautete, unter einer dünnen Strohschicht große Getreidemengen. Die Sendung war an eine französische Firma gerichtet. Eine eingehende Untersuchung der Angelegenheit ist im Gange.

— **(Teilweise Amnestie der Sondergerichtsurteile.)** Von den 42 Zuchthausstrafen, die vom Naumburger Sondergericht gegen Teilnehmer am mitteldeutschen Aufruhr verhängt worden waren, wurden vom Reichspräsidenten 49 in Gefängnisstrafen umgewandelt und die Strafdauer auf die Hälfte bis zu einem Drittel herabgesetzt.

— **(Unzufriedenheit unter den Kriegsgefangenen in Avignon.)** Das „Journal" berichtet: Im Lager der Kriegsgefangenen zu Avignon ist es unter den Zurückgebliebenen zu heftigen Auftritten gekommen. Die Zurückgebliebenen seien deshalb erbittert, weil sich unter den freigelassenen Kameraden Deutsche befinden, die noch längere Strafen zu verbüßen hatten als sie.

— **In Bückeburg** hielt unter reger Beteiligung der Verband ehemaliger Jäger und Schützen für Rheinland und Westfalen sein diesjähriges Verbandsschießen ab. Aus weiter Ferne waren etwa 1200 Grünröcke, fast alles ehemalige 7. Jäger, herbeigeeilt, um in der alten erinnerungsreichen Jägerstadt Bückeburg einige Tage die Sorgen des Alltags zu vergessen und im Kreise treuer Kriegskameraden alte Erinnerungen aufzufrischen. Das Fest, vom schönsten Wetter begünstigt, wurde teils im Rathause, teils bei Heinemeyer und in Eilsen gefeiert. — Am 1. und 2. Oktober d. Js. findet nun ein großer Jäger-Appell aller ehemals in Bückeburg gedienten Jäger statt und zwar anläßlich der Grundsteinlegung für das Ehrendenkmal zum Andenken an die Gefallenen des Weltkrieges.

— **Neue Untat eines farbigen Franzosen.** Am 7. August gegen 11 Uhr abends gelang es einer Polizeistreife in Diez a. d. Lahn, die durch die Hilferufe einer weiblichen Person alarmiert wurde, einen farbigen französischen Soldaten nach gewaltsamer Gegenwehr festzunehmen, der ein Mädchen überfallen und es zu notzüchtigen versucht hatte. Der Festgenommene wurde der französischen Behörde übergeben. Es handelt sich hier um die fünfte Ausschreitung von farbigen Soldaten gegen weibliche Personen innerhalb 4 Wochen.

Aus aller Welt.

— **Wieder ein Wettkonzern zusammengebrochen.** Wie die B. Z. erfährt, brach auch das Wettkonzern Arthur Müller & Co. in Karlshorst bei Berlin zusammen. Den Passiven von 8 Millionen sollen Aktiven von kaum ¾ Million gegenüberstehen.

Weiteres zum Zusammenbruch des Köhn-Wettkonzerns.

Ueber die Gründung des jetzt zusammengebrochenen Köhn-Wettkonzerns erfährt der „Lokalanzeiger" noch folgende Einzelheiten: Köhn war vor nicht allzu langer Zeit Inhaber eines kleinen Friseurgeschäftes und unterhielt nebenher eine private Wettannahmestelle. Er kam dann eines Tages auf den Gedanken, den Wettbetrieb „großzügig" zu organisieren, und mit Hilfe einiger Paptere gründete er im November vorigen Jahres ein Netz von Agenturen im ganzen Reich, das zuletzt in Deutschland aus 40 Generalagenturen bestand, die ihrerseits Hunderte von Untervertretern selbst in kleineren Städten unterhielten. Man brachte in Kreisen, die sonst mit dem Wettbetrieb nur lose Fühlung haben, dem Unternehmen Vertrauen entgegen, denn viele der Untervertreter sind durchaus achtbare Kaufleute, die sich an die Rentabilität und Reellität des von ihnen vertretenen Konzerns glaubten. Im März dieses Jahres ließ Köhn seine Gründung als „Sportbank Karl Köhn" handelsgerichtlich eintragen. Uebrigens versprach Köhn seinen Kunden nicht, wie anfangs behauptet wurde, 100 Prozent, sondern stellte ihnen nur „einen Gewinn von 50 Prozent innerhalb zweier Monate" in Aussicht. Der Kundenkreis dieser Sportbank belief sich in der letzten Zeit auf rund 30000 Personen. Von der Größe des Unternehmens zeugt, daß Köhn nicht weniger als 34 Millionen Mark in den beiden letzten Monaten umgesetzt hat. Köhn ließ trotz der Größe des von ihm geleiteten Konzerns weder juristisch noch kaufmännisch vorgebildete Berater hinzu, während er selbst als alleiniger Inhaber nicht die geringsten kaufmännischen Kenntnisse besaß. Dieser Fehler war auch sein Verhängnis. Köhn war naiv genug zu glauben, daß er mit der Begleichung der 16⅔ Prozent Totosteuer, die der Staat bei der Errechnung der Gewinnquote im Wettbetrieb gleich einbehält, seinen steuerlichen Verpflichtungen nachgekommen sei und daß er von seinen märchenhaften Gewinnen weder Kapitalsertragssteuer noch sonstige Lasten zu tragen habe. Der Zugriff der Finanzämter brachte dann den Stein ins Rollen.

*

— **Verunglückte Segelregatta.** Die Segelregatta des Libauer Jachtklubs Nord nahm vor Libau einen schlimmen Ausgang. Die Jacht wurde von einem schweren Sturm überrascht, sodaß alle Boote Havarie erlitten. Eine Jacht kam zum Sinken. Ein Segler fand den Tod, zwei konnten gerettet werden.

— **Von einem Automobil getötet.** Auf der Bremer Landstraße, nicht weit von Harburg, wurde ein Heizer, der Holz in einem Handwagen aus dem Walde geholt hatte, von einem von Bremen kommenden Hamburger Auto überfahren. Die Insassen nahmen den Schwerverletzten zunächst einige Kilometer im Auto mit u. legten ihn dann in den Chausseegraben, wo sie ihm seinem Schicksal überließen. Dort fanden Passanten den Verunglückten, der sofort ins Krankenhaus gebracht wurde, wo er starb. Der Name des Autoeigentümers ist in Hamburg festgestellt. Den Verunglückten trifft keine Schuld, da er scharf an der rechten Straßenseite fuhr.

— **Ein Riesenbrand in Mettlach.** In der Nacht zum Freitag entstand in der Fabrik Villeroy und Boch und Schloß Mettlach ein riesiger Brand. Die Fabrikgebäude verbrannten. Das Schloß ist fast vollständig vernichtet. Der Schaden wird auf annähernd 10 Millionen Mark geschätzt.

*

Ein neuer Raubüberfall auf einen D-Zug.

(TU) Der Ueberfall auf den Marseiller Schnellzug hat Schule gemacht. Am Sonntag abend bemerkte ein Reisender des Schnellzuges Wiesbaden—Mainz—Paris, als der Zug eben die Station Remilly bei Metz passierte und die meisten Reisenden sich zum Essen in den Speisesaal begeben hatten, ein verdächtig aussehendes Individuum, das im Begriffe war, aus einem Abteil Koffer auf die Straße zu werfen. Ein heftiger Kampf entspann sich zwischen den beiden, doch gelang es dem Verbrecher, sich frei zu machen, und, da inzwischen das Notsignal gegeben war, ins Freie zu gelangen. Der Entkommene wurde jedoch von einem im Zuge befindlichen Polizeikommissar eingeholt und festgehalten. Unterdessen war der Zug zum Stehen gekommen und zwei Reisende fanden sich ein, die zitternd erzählten, daß sie sich plötzlich in einem Abteil erster Klasse einem Banditen gegenüber sahen, der in jeder Hand einen Revolver hielt und von ihnen unter Todesandrohung die sofortige Herausgabe ihres Geldes, ihrer Uhren und ihrer Ringe verlangte. Sie wurden dem Verhafteten gegenübergestellt, erklärten jedoch, daß es sich nicht um den Räuber handele, der in das Abteil gedrungen war. Der Verhaftete gestand ein, daß er im Einverständnis mit einem Komplizen, der inzwischen flüchten konnte, den Plan gefaßt hatte, zwei Wagen des Schnellzuges auszurauben. Der Verbrecher wurde in das Gefängnis von Metz eingeliefert.

*

— **Aushebung von Opiumhöhlen in Hamburg.** In stärkerem Maße, als man vermuten dürfte, ergeben sich die in Hamburg wohnenden Chinesen ihrem heimatlichen Laster, dem Opiumrauchen. Schon wiederholt hat die Polizei Opiumhöhlen ausgehoben, ohne der Sache Herr zu werden. Den fortgesetzten Beobachtungen ist es gelungen, wieder zwei solchen Lokalen in dem in der Neustadt gelegenen sogenannten Chinesenviertel auf die Spur zu kommen. Auf beiden Stellen entdeckte man in Kellerräumen Opiumhöhlen in vollem Betrieb; beide Male waren etwa 50 Personen, überwiegend chinesische Seeleute, aber auch andere Ausländer anwesend. Opiumpfeifen, Opiumlampen und reichliche Opiummengen wurden beschlagnahmt und die Inhaber der Lokale dem Gericht überliefert.